

# Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Traine



Nr. III-33

Mareike Bödefeld

## **Eine imperialismustheoretische Analyse: Auswirkungen des US-amerikanischen Engagements auf den Süden Kolumbiens**

Universität zu Köln  
Philosophische Fakultät  
Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika  
ISSN 1616-9085



**Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung**

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Traine

ISSN 1616-9085

III-33 Politikwissenschaft  
Redaktion: Pauline Vogel

Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika, 2018

Universität zu Köln  
Philosophische Fakultät  
Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika  
Albertus-Magnus-Platz  
D-50923 Köln

Download und weitere Informationen unter <http://www.lateinamerika.uni-koeln.de/publikationen.html>

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	2
1. Einleitung.....	3
2. Methodik.....	5
3. Imperialismustheorie.....	7
4. Die Drogenpolitik der USA.....	11
4.1. US-amerikanische Drogenpolitik unter Bill Clinton.....	12
4.2. Etablierung des Plan Colombia.....	14
4.3. Ausbau des Plan Colombia.....	18
4.4. Innenpolitische Rechtfertigung des Plan Colombia unter Pastrana.....	19
4.5. Intentionen der USA im Plan Colombia.....	20
4.6. Kritik am Plan Colombia.....	24
5. Auswirkungen des US-amerikanischen Engagements im Süden Kolumbiens.....	26
5.1. Verortung Putumayo.....	26
5.2. Besprühungen im Putumayo.....	28
5.3. Alternativer Anbau durch Vereinbarung von sogenannten Sozialpakten.....	31
5.4. Folgen für die Umwelt.....	33
5.5. Gesundheitliche Folgen.....	34
5.6. Vertreibung der Bevölkerung im Putumayo und Anstieg der Gewalt.....	35
5.7. Verlagerung des Kokaanbaus.....	38
5.8. Plan Colombia: Auswirkungen auf das Nachbarland Ecuador.....	39
6. Scheitern des Plan Colombia.....	42
7. Fazit.....	44
8. Literaturverzeichnis.....	46

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: US-Anteil zur Finanzierung des Plan Colombia.....	15
Abbildung 2: Kolumbiens Ölvorkommen.....	23
Abbildung 3: Munizipien im Putumayo.....	27
Abbildung 4: Anzahl Vertriebener im Department Putumayo .....	37
Abbildung 5: Ernüchterung nach den Besprühungen .....	38

## Abkürzungsverzeichnis

ALCA	Área de libre comercio entre las Américas
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia
BBC	British Broadcasting Corporation
CAJAR	Corporación Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo
CODHES	Consultoría para los derechos humanos y el Desplazamiento
DEA	Drug enforcement administration
EPL	Ejército Popular de Liberación
EU	Europäische Union
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia
PECIG	Programa de Erradicación de Cultivos Ilícitos mediante aspersion aérea con el herbicida Glifosato
PMA	Plan de Manejo Ambiental
M-19	Movimiento 19 de abril
NGO	Non-governmental organization
USA	United States of America
US-AID	United States Agency for International Development
WOLA	The Washington Office on Latin America
WWF	World Wildlife Fund

## 1. Einleitung

„there's a race, and you spray and they replant... But at some point, they fall behind. They cannot replant as fast as we eradicate.“ (Forero 2004: 1).

Das vorstehende Zitat von David Murray, Analyst aus dem Büro des Antidrogenzars, US-State Department, verdeutlicht die unermüdlichen US-amerikanischen Versuche, den Drogenanbau und -handel im südamerikanischen Kolumbien einzudämmen. Die USA sind Kolumbiens größter Abnehmer von Kokain und bereits seit den 1970er Jahren ist der Umgang mit dem Handel und dem Anbau von Kokain Teil der US-amerikanischen Außenpolitik. In Folge der Intensivierung des kolumbianischen Konflikts und des verstärkten Handels mit Kokain wurde durch den kolumbianischen Präsidenten Andrés Pastrana und den US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton der *Plan Colombia*, ein „Plan für den Frieden, die Prosperität und die Stärkung des Staates“ entwickelt. Die wichtigste Komponente des Plans war die militärische und biologische Bekämpfung des Drogenhandels. Großflächig wurden die Kokapflanzen mit Glyphosat besprüht und es zeigte sich zunächst, dass der Anbau von Koka sank. Letztendlich ist der Kokaanbau in den Jahren der Umsetzung des *Plan Colombia* aber eher gestiegen als gesunken. Kokapflanzen sind im Gegensatz zu den Pflanzen des täglichen Bedarfs wie Yuka, Mais, Reis oder Getreide weniger anfällig für Glyphosat und nach dem Besprühen häufig noch zu retten. Das Nachbarland Ecuador wurde durch die Implementierung des *Plan Colombia* direkt betroffen. Nach Ecuador gelangten die meisten durch den Kokahandel Vertriebenen, es wurde ein US-amerikanischer Luftwaffenstützpunkt errichtet und der Konflikt in Kolumbien weitete sich schließlich bis auf das ecuadorianische Territorium aus.

Diese Form der Umsetzung des *Plan Colombia* entsprach weder den Richtlinien des kolumbianischen Gesetzes noch jenen der Vereinten Nationen. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten einen entscheidenden Anteil an der Umsetzung dieser Strategien, riskierten das Aufkommen verschiedener negativer Auswirkungen und verstießen insofern eindeutig gegen international gültige Menschen- und Umweltrechte. Ihre hohen Zahlungen an Kolumbien vermochten nach außen hin ihre enorme Bereitschaft zur Unterstützung des südamerikanischen Landes zeigen, konnten aber ließen allerdings auch andere Absichten in Kolumbien und Südamerika vermuten. Die Arbeit wird theoretisch durch die Imperialismustheorie gestützt, die die Intentionen der US-amerikanischen Regierung

analysiert. Kolumbien verfügt über ein bedeutendes Erdöl- sowie Kohlevorkommen und wird insbesondere durch die zunehmende politische und wirtschaftliche Instabilität im Nahen Osten für die US-amerikanische Wirtschaft immer mehr ein essentieller Teil der nationalen außenpolitischen Agenda.

Das in dieser Arbeit zu behandelnde Thema ist eines, welches bisher neben den Gräueltaten der kolumbianischen Guerilla und des Paramilitärs, der massenhaften Vertreibung der Bevölkerung und des in Verbindung zu Pablo Escobar stehenden Drogenkriegs, in der Weltöffentlichkeit eher weniger Beachtung gefunden hat. Vielmehr standen die schier ausweglose Situation, in der sich der kolumbianische Staat befand, und die großzügigen Hilfen internationaler Geberländer für die Bekämpfung der Guerilla im Fokus.

Nach einem ersten Aufenthalt in dem vom Konflikt heimgesuchten südamerikanischen Land war für die Autorin klar, dass auch die Bachelorarbeit sich mit Kolumbien auseinandersetzen hatte. Im Rahmen eines erneuten Aufenthaltes mit dem Ziel der Grundlagenforschung zur Arbeit zeigte sich jedoch schnell, dass der kolumbianische Konflikt vielfältiger und komplexer ist als zuvor angenommen. Durch Gespräche mit Politikwissenschaftlern, nationalen Menschenrechtsorganisationen und Anthropologen kam die Idee auf, die Auswirkungen des *Plan Colombia* zu untersuchen. Inwiefern hat die US-amerikanische Regierung Menschenrechtsverletzungen begangen? Von besonderem Interesse sind hier insbesondere die Motive eines westlichen Staates zum Eingriff in einen Konflikt, in den man nicht aktiv involviert ist. Inwiefern kann man in Bezug auf den *Plan Colombia* von einem imperialistisch motivierten Eingriff sprechen?

## 2. Methodik

Das folgende Kapitel stellt das Vorgehen im Vorfeld und während des Schreibprozesses dar. In Rahmen der Vorabrecherche in Kolumbien wurden, wie bereits zuvor erwähnt, Gespräche mit Professoren der Universidad Nacional de Colombia in Bogotá, mit Anthropologen und nationalen Menschenrechtsorganisationen geführt. Darunter fallen insbesondere das Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo, die Zeitschrift Semillas sowie ein Gespräch mit dem derzeitigen Leiter des Bauernbündnisses, Eder Sanchez, im Putumayo. Neben der Recherche im Katalog der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln wurden auch die Bibliothek der Universidad Nacional und die Luis Angel Arango Bibliothek in Bogotá aufgesucht. Durch die Beachtung von Quellenangaben in bereits herangezogener Literatur zeigten sich wiederum neue Quellen auf. Von besonderer Wichtigkeit war hierbei, darauf zu achten, dass die Literatur nicht von der US-amerikanischen Regierungsbehörde publiziert worden ist, sondern eine unabhängigere Herkunft hat. Die verwendete dreisprachige Literatur umfasst sowohl Monographien, Zeitschriftenartikel, Arbeitspapiere, Dokumente sowie Internetquellen und ausgewählte Kapitel aus Sammelbänden. Die Autorin hat versucht, möglichst vielfältige Literatur zu verwenden.

Um der Bachelorarbeit einen realen Hintergrund zu geben hat die Autorin im Department Putumayo sieben Interviews mit Bauern geführt, die von den Sprühhkampagnen betroffen worden sind. Die Interviews wurden stichpunktartig schriftlich aufgezeichnet. Die Original Mitschrift wird in ein Exemplar mit eingebunden, in das zweite Exemplar eine Kopie der Mitschrift und auf die CD ein Scan der Mitschrift. Der Autorin ist es wichtig, dass dieses Thema Gehör findet, denn die interviewten Bauern zeigten sich erfreut, dass jemand externes sich ihre Geschichte anhört und diese verbreiten möchte. Ausschlaggebend war hier insbesondere die Aussage, dass die Betroffenen in Kolumbien eher wenig Gehör fänden. Diese Tatsache wird auch im Verlauf der wissenschaftlichen Ausarbeitung erläutert werden.

Die Gliederung der Bachelorarbeit mit den drei schwerpunktsetzenden Blöcken Imperialismustheorie, US-amerikanische Drogenpolitik und Auswirkungen eben jener Außenpolitik ist bewusst in dieser Art und Weise gewählt worden. Die Darstellung der US-amerikanische Drogenpolitik und ihre Auswirkungen im Putumayo wird auf der anfangs vorzustellenden Theorie aufgebaut. Die Region Putumayo ist gewählt worden, da es jene ist, die am gravierendsten vom kolumbianischen Konflikt und vom *Plan Colombia* getroffen

worden ist. Durch die Nähe zu Ecuador ist der Putumayo zudem eine Region, die den Konflikt und die Besprühungen auch im Zuge von Grenzkonflikten zu spüren bekam.

Die Imperialismustheorie ist eine Theorie aus der eine Vielzahl von Strömungen entstanden ist und deren wichtigsten Punkte im entsprechenden Kapitel vorgestellt werden. Die vorgestellten grundlegenden Inhalte werden in den darauffolgenden Kapiteln über den US-amerikanischen Drogenkrieg und seine Auswirkungen analytisch betrachtet. Die ausgewählte Theorie hat die Absicht, die Intentionen der USA anhand konkreter Beispiele zu beleuchten.



### 3. Imperialismustheorie

Um der Arbeit einen theoretischen Hintergrund zu geben, soll die Imperialismustheorie herangezogen werden. Mithilfe dieser Theorie wird versucht, die Intentionen der USA an der Beteiligung des Konflikts zu erklären und die mangelnde Beachtung der Menschenrechte in Folge der Besprühungen darzulegen.

Was ist ein Imperium? Was ist Imperialismus? Zunächst ist es wichtig zu betonen, dass in den Recherchen nicht eine einzige Imperialismustheorie gefunden wurde, sondern eine Vielzahl von Strömungen, Epochen sowie Autoren. Im Folgenden werden die für diese Arbeit relevantesten Aussagen der Literatur über imperialistische Ansätze erläutert.

John Atkinson Hobson, Johann Galtung, Herfried Münkler, Wladimir Lenin sowie Jürgen Wagner präsentierten verschiedene imperialismustheoretische Ansätze.

Unter Imperialismus wird eine historische Periode verstanden, die um 1880 begann und die eine Machtübernahme bestimmter Regionen wie Lateinamerika, Asien und Afrika durch europäische Staaten, Japan sowie die USA kennzeichnet. Imperialismus wird demzufolge als Politik eines Staates aufgefasst, „die auf Machtausdehnung und Einfluss jenseits seiner Grenzen abzielt, sei es direkt durch Vergrößerung des Staatsgebietes, sei es indirekt, indem eine politische, ökonomische oder militärische Dominanz gegenüber anderen Staaten angestrebt wird“ (Heinrich 2010: 311). Diese Machtausdehnung wird durch Handelsinteressen begünstigt und Weltkriege entstanden als Konsequenz kapitalistischen Wettbewerbs. In Folge dessen kam es zu einer ökonomischen Ausbeutung von Kolonialreichen sowie einer Aufteilung der Welt unter den kapitalistischen Großmächten (Heinrich 2010: 311). David Landes nimmt Machtungleichheit als Begünstigung für imperialistisches Handeln in den Blick. Bei Landes ist Macht die Gesamtheit aller politischen, ökonomischen, technologischen und kulturellen Faktoren mit denen „Einfluss“ als imperialistisches Mittel ausgeübt wird (Heinrich 2010:334). Hauptsächlich fühlen sich Imperien informell dazu gezwungen, nach der Einnahme einer Vormachtstellung, in allen Bereichen „in denen Macht, Prestige und Leistung gemessen und verglichen werden können“ zu streben (Münkler 2005: 54). Diese ökonomische Richtung des Imperialismus wird zuerst von John Atkinson Hobson skizziert, der der Auffassung war, dass imperialistische Politik, auf die gesamte Gesellschaft bezogen, nicht gewinnbringend sei. Er sieht kein Verhältnis zwischen den hohen Militär- und Verwaltungskosten und Gewinnen des Handels in zumeist noch nicht einmal erschlossenen Gebieten. An solchen Imperien sei nur das Finanzkapital interessiert, da es sich ständig auf

der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten befinde. Um dem Finanzkapital gerecht zu werden, wird die öffentliche Meinung manipuliert, um das Handeln in Übersee zu rechtfertigen. Diese Manipulation hat zum Ziel, eine mögliche politische Kontrolle, militärische Interventionen und Investitionen gegen Aufstände und Bürgerkriege zu rechtfertigen (Münkler 2005: 37-38).

Ende der 1960er Jahre neigte sich der „klassische Imperialismus“ dem Ende zu, nicht aber die direkten Einflussnahmen und Interventionen auf die sogenannten Dritte Welt Länder.

Die Imperialismustheorien versuchen hieran anknüpfend zu erklären, dass die erwähnten Einflussnahmen und Interventionen nach der Entkolonialisierung noch immer für koloniale Abhängigkeitsstrukturen sorgen, insbesondere in Folge der aufkommenden Globalisierung. Die Globalisierung wurde nicht als ein natürliches Phänomen verstanden, sondern eher als ein von Machtverhältnissen und verschiedenartigen Interessen bestimmter Vorgang (Heinrich 2013: 327).

Die Globalisierung produziere *failing states*, da die ökonomische Entwicklung maßgeblich das staatliche Gewaltmonopol negativ beeinflusst, sogenannte Kriegsherren bemächtigen sich der Kontrolle der Gebiete, die reich an Bodenschätzen sind (Münkler 2005: 231). Im in den 1990er Jahren einsetzenden Prozess der *failing states* in Mittel- und Südamerika, Afrika und Asien, dem Nahen und Mittleren Osten, galt es, die Form der Staatlichkeit, die Voraussetzung für eine funktionierende Weltordnung sei, zunächst wiederherzustellen. Aber: „es ist die Frage, ob sie nicht im Zuge der Globalisierung schneller zerrieben wird, als sie aufgebaut werden kann“ (Münkler 2005: 225).

*Nation-building* ist folglich sowohl beim Stabilitätsimporteure als auch -exporteur mit Folgen verbunden, da es zur Entwicklung von Protektoraten und Mandatsgebieten kommt. Es entsteht eine „quasi-imperiale“ Rolle derjenigen, die dort „offene Gewaltanwendung unterbinden, eine neue Infrastruktur aufbauen, Personal ausbilden und den gesamten Konversionsprozess überwachen“ (Münkler 2005: 225).

Wagner spricht von einem neoliberalen Kolonialismus, da die zukünftigen Kolonien Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte für die Kolonialmächte seien. Aktivitäten seitens der politischen Führung und des Militärs kann man hier nur feststellen, wenn „ihre wirtschaftlichen Interessen durch illegale Praktiken oder die Ausübung von Gewalt beeinträchtigt werden“ (Wagner 2007: 1).

Münkler unterscheidet zwischen imperialer und imperialistischer Politik. Imperiale Politik interessiert sich überwiegend für das Zentrum des Imperiums und das Militär nimmt neben ökonomischen, kulturellen und politischen Faktoren eine eher untergeordnete Bedeutung ein.

Die imperialistische Politik sieht die größten Herausforderungen an den Grenzen des Imperiums und misst dem Militär deshalb eine hohe Bedeutung bei. Die Möglichkeit dieser Differenzierung ist bedingt durch die Verfügbarkeit der strategischen Ressourcen, von denen die wirtschaftliche Situation des Imperiums abhängt. Eine eingeschränkte Verfügbarkeit „kann einen permanenten Zwang zur direkten Beherrschung von Teilen der Peripherie nach sich ziehen“ (Münkler 2005: 234). Zur Verdeutlichung des Unterschieds der staatlichen und imperialen Grenzen kann, als asymmetrisches Beispiel, die mehrmalige Intervention der USA in lateinamerikanischen Ländern herangezogen werden. Dabei müssen die USA keine Gegenintervention erwarten (Münkler 2005: 17).

Besonders hervorzuheben ist der neoliberalistische Ansatz, da dessen Folgen zunehmend ein Dritte-Welt Thema wurden, denn deren „‘Unterentwicklung‘ sei nicht Resultat interner Probleme, sondern Ergebnis der „Entwicklung der führenden kapitalistischen Länder“ (Heinrich 2013: 327). Diese rudimentärer entwickelten Länder wurden unter Beteiligung einer hiesigen „Kompradorenbourgeoisie“ durch multinationale sowie wirtschaftliche Interessen an den Weltmarkt gebunden. Das Ergebnis dieser Taktik war nicht die „Modernisierung“ des Weltmarkts, sondern vielmehr eine „strukturelle Unterentwicklung“ (Heinrich 2010: 328).

Wladimir Lenin beschreibt dieses Phänomen durch seinen Begriff „Parasitismus“, den er folgendermaßen erklärt: „Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige Reiche oder mächtige Nationen“ (Heinrich 2010: 324).

Wichtig zu erwähnen ist auch Johann Galtungs strukturelle Theorie des Imperialismus. Galtung unterscheidet zwischen Zentralnationen, entwickelte Länder, und Peripherienationen, Entwicklungsländer, sowie innerhalb der Länder zwischen Zentrum, privilegierten Gruppen, und Peripherie, unterprivilegierten Gruppen (Heinrich 2010:328).

Die „strukturelle Unterentwicklung“ bezeugt zwei „Mechanismen des Imperialismus“: erstens, eine „vertikale Interaktionsbeziehung“ zwischen den Akteuren im Zentrum und in der Peripherie. Diese Interaktion bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die beteiligten Akteure. Zweitens, die „feudale Interaktionsstruktur“, die die Tatsache, dass die Peripherienationen einseitig auf die Zentralnation ausgerichtet sind, in den Blick nimmt. Die Abhängigkeit von der Zentralnation wird zudem durch eine fehlende Interaktion zwischen den Peripherieländern verstärkt, das führt wiederum zu einer strukturellen Abhängigkeit. Galtung kennzeichnet fünf verschiedene Möglichkeiten imperialistischer Einwirkung: ökonomisch, kulturell, militärisch, politisch und kommunikationsimperialistisch (Heinrich 2010: 329).

Die USA besaßen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das „uneingeschränkte militärische, politische und wirtschaftliche Gewaltmonopol“, welches attraktive

geostrategische Möglichkeiten bot (Ayat 2015: 4). Im Zuge dieser wirtschaftlichen Stärke der USA entwickelte sich eine neue Phase des Imperialismus, um die Anbindung der übrigen Staaten an die USA voranzubringen und sich selbst als „uneingeschränkte Führungsmacht der Globalisierung zu organisieren“ (Ayat 2015: 4).

Es lassen sich zwei grundlegende Probleme von Imperialismustheorien kennzeichnen. Zum einen wird die „Verkettung funktionaler Effekte“ übersehen, da nur die Intentionen einiger Akteure im Zentrum in Betracht genommen werden. Zum anderen konzentrieren sich die Imperialismustheorien überwiegend auf die Entstehung von Imperien, nicht aber auf ihr späteres Wirken (Münkler 2005: 49).

## 4. Die Drogenpolitik der USA

Die Beziehungen zwischen Kolumbien und den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen bereits seit dem Jahre 1822 als in Folge der kolumbianischen Unabhängigkeit eine amerikanische diplomatische Vertretung in Kolumbien etabliert wurde. Im Zuge des Ost-West-Konflikts wurde Kolumbien zu einem verlässlichen Partner der USA (Mayer 2008:16). Illegale Drogen stehen schon lange auf der Agenda der US-amerikanischen Politik und wurden bereits im Jahre 1971 von Richard Nixon als *public enemy number one* betitelt. Nur ein Jahr später wurde der *war on drugs* offiziell erklärt, wurde fortan beibehalten und bekam weitere Institutionen zu Seite gestellt. Zentrale Akteure in der Drogenbekämpfung wurden nun das US-Militär, das Verteidigungsministerium und die *drug enforcement administration* (DEA). Die USA verfügen seit Clinton über acht Instrumente zur internationalen Drogenbekämpfung. Diese Instrumente sind die multilaterale Kooperation im Rahmen der UN-Gremien, Einschränkungsmöglichkeit bei der Auslandshilfe, Vernichtung des Anbaus, Intensivierung der sogenannten „alternativen Entwicklung“ durch den Anbau von Heil- und Nutzpflanzen, Ausübung von Maßnahmen zur Unterbindung des Drogenhandels, Auslieferung von Drogenhändlern an die USA, der Kampf gegen Geldwäsche sowie die Errichtung von institutionellen Kapazitäten (Helfrich 2009: 2).

Die Zahl der Drogenkonsumenten in den USA wurde 1995 auf rund 13 Millionen, mit einem Umsatzvolumen von 60 Milliarden US-Dollar, geschätzt. Diese Zahl hat sich in den darauffolgenden Jahren noch vergrößert, so dass im Jahr 1998 rund 6,4 Prozent der Bevölkerung angaben, in den letzten 30 Tagen Drogen konsumiert zu haben. 2003 waren es schon 8,3 Prozent, rund 19,5 Millionen US-Bürger (Jäger et al. 2007: 185).

Wichtig festzuhalten an dieser Stelle ist vor allem auch die Tatsache, dass Drogenkonsum immer auch mit der ökonomischen Entwicklung eines jeden Landes in Verbindung steht. Die Konsumenten, so der Autor Guerrero Albán, „gastaron un poco más de 35 millones de dólares, y a los cultivadores solo les llegó el 1%, a los procesadores 4%, a los traficantes internacionales 20% y a los países desarrollados 75%“ (Guerrero Albán 2005: 76).

Bezugnehmend auf die imperialistischen Ansätze verdeutlicht insbesondere der Ausbau der staatlichen Instrumente zur internationalen Drogenkontrolle eine vorbereitende Maßnahme imperialistischen Handelns in Kolumbien und der gesamten Andenregion.

#### 4.1. US-amerikanische Drogenpolitik unter Bill Clinton

Bill Clinton mochte die US-amerikanische Drogenpolitik unter George H.W. Bush nicht fortführen indem er bekräftigte: „dass eine nachhaltige Drogenbekämpfung nur über Prävention und die medizinische Behandlung von Drogenabhängigen möglich wäre“ (Mayer 2008: 80). Die Außenpolitik betreffend, zielte Clinton deshalb zunächst auf eine Verminderung der *interdiction operations*, der Programme ab, die den Import von Drogen auf das amerikanische Territorium vermeiden sollten (Mayer 2008:80). Für den Fall einer mangelnden Kooperationsbereitschaft der Drogenproduktions- und Transitländer hatten die USA die sogenannte Zertifizierungspolitik entwickelt. 1986 wurde dafür im Legislativorgan im Rahmen des *anti drug abuse act* eine Regelung erlassen, die wirtschaftliche Sanktionen vorsieht, wenn die Drogenpolitik der betroffenen Länder nicht von den USA als positiv und wirksam beurteilt wird. In offiziellen Verlautbarungen wird dieser Prozess Zertifizierung genannt (Jäger et al. 2007:187). Die Zertifizierung ist im lateinamerikanischen Raum bereits vielfach als „willkürliches, unfaires, unilaterales oder sogar heuchlerisches Instrument bezeichnet und als Einmischung in innere Angelegenheiten gewertet worden“ (Jäger et al. 2007:188). Unter Präsident Ernesto Samper Pizano (1994-1998) verweigerte der US-amerikanische Präsident Bill Clinton Kolumbien in den Jahren 1996 und 1997 die Zertifizierung (Mayer 2008: 80). Dies führte zur bis dato schwersten Krise in den US-amerikanisch-kolumbianischen Beziehungen. Dem kolumbianischen Präsidenten wurde zeitweilig sogar die Einreiseerlaubnis entzogen, da er nach Sichtweise der USA und nach Veröffentlichung von eindeutigen Tonaufnahmen (Zelik 2001 :8) in seinem Wahlkampf rund sechs Millionen US-Dollar vom Cali Kartell akzeptiert haben soll und diese finanziellen Hilfen nicht leugnen konnte. In Folge dieser Dezertifizierung wurden bestimmte Auslandshilfen wie *foreign military financing* und Programme wie *international military education and training* eingestellt. Jedoch wurden die finanziellen Hilfen der USA nicht vollständig eingestellt, weiterhin erhielt Kolumbien US-amerikanische Waffenlieferungen sowie Kriegsausrüstung in Wert von rund 64 Millionen US-Dollar, über das *international narcotics control program* und das *joint command exchange training program* wurde der Drogenkrieg fortgesetzt (Mayer 2008: 81). Die regulären Hilfen wurden schließlich wiederaufgenommen, als der *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC), einige Anschläge gegen die kolumbianische Regierung gelangen und die Situation zur Jahresmitte 1999 insgesamt als angespannt galt. Die FARC ist die größte Guerilla Kolumbiens. Das Paramilitär brach den über die Weihnachtsferien 1998/1999 vereinbarten Waffenstillstand und

die FARC reagierte daraufhin mit einem Stopp der Friedensgespräche mit der Forderung nach einem härteren Vorgehen gegen das Paramilitär (Kurz/Muno 2005: 27-28). Der innerkolumbianische Konflikt förderte eine Ausbreitung der Korruption, eine Zunahme der Guerillaaktivitäten sowie eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation mit circa 30.000 Todesopfern. Gleichzeitig wuchs der Drogenanbau und -handel (Mayer 2008:82). Diese Vorkommnisse führten zu einem Umdenken in den USA, die Kolumbien wieder in ihren Zertifizierungsprozess aufnahmen. Die FARC und die ELN wurden im Oktober 1997 vom *State Department* in die Liste der besonders gefährlichen terroristischen Organisationen aufgenommen: „subversive Organisationen, die die legitime Staatsgewalt untergruben“ (Fischer 2001: 209). Unter Eindruck der Anschläge des 11. September 2001 verstärkte sich die Bedeutung dieser Liste noch mehr (Kurz 2007: 4). In Folge der Anschläge entwickelte sich der von den USA geführte weltweite Kampf gegen den Terror, der sich als Vorgehensweise im Kontext imperialer Interessenpolitik einordnen lässt (Ayata 2015: 2). Die US-amerikanische Regierung unter Clinton sah in dem *Plan Colombia* und der damit verbundenen veränderten Schwerpunktsetzung auf den Ausbau der staatlichen Sicherheitskräfte, eine Möglichkeit, ihre Politik auf eine instrumentelle Ebene zu bringen (Jäger et al. 2007: 237).

Von Seiten des US-Kongresses gab es keinerlei Bedenken zur Notwendigkeit des Drogenkriegs, sondern man war vielmehr daran interessiert, in die Ausarbeitung der Strategie involviert zu sein (Mayer 2008: 90). Dazu ergänzend konnten die USA auch auf Unterstützung verschiedener Unternehmen wie *United technologies/Sikorsky helicopters*, *Bell helicopter textron inc* sowie auf *Lockheed Martin* und *DynCorp* zurückgreifen. *Lockheed Martin* führte sogar eine Telefonumfrage durch, in der sich 56% der 500 befragten US-Bürger für ein finanzielles Engagement der USA aussprachen (Mayer 2008: 93).

Eingehend auf die imperialistischen Aussagen, lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass insbesondere die US-amerikanische Zertifizierungspolitik als ein unilaterales Instrument gekennzeichnet werden kann und das Streben nach einer imperialen Vormachtstellung noch mehr in den Fokus rückt. Auf eine Stellung als Imperium vorarbeitend wurden die nach Johann Galtung notwendigen ökonomischen, politischen, kommunikationsimperialistischen und militärischen Voraussetzungen geschaffen.

Nach den Anschlägen im September 2001 verdeutlichten sich die Grundsätze in der US-amerikanischen Außenpolitik: „globale Machtverteilung, machtpolitisches Selbstverständnis einer imperialen Großmacht und der sich daraus ergebene Führungsanspruch und Handlungswille“ (Ayat 2015: 5).

## 4.2. Etablierung des *Plan Colombia*

Der Plan Colombia wurde zunächst auf Initiative des kolumbianischen Präsidenten Andrés Pastrana entwickelt, jedoch rasch den Wünschen der US-amerikanischen Regierung unter Bill Clinton angepasst. Nach seiner Wahl im Jahre 1998 machte sich Andrés Pastrana umgehend daran, seine Wahlversprechen in die Tat umzusetzen und entwickelte den *Plan Colombia*, der im Dezember desselben Jahres vorgestellt wurde. Diese erste Version des *Plan Colombia* hatte nur sehr wenige Bezüge zur Bekämpfung illegaler Drogen (Kurz/Muno 2005: 27-28). Der *Plan Colombia* war zu Beginn vorrangig Teil der Gespräche zwischen der Regierung Pastrana und der linken Guerilla FARC zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen zwischen beiden Parteien. Genannter Plan wurde vom kolumbianischen Präsidenten unter anderem als Möglichkeit für die FARC gesehen, sich „aktiv an der Konzipierung und Umsetzung verschiedener Reformprojekte zu beteiligen, die parallel zu den Verhandlungen anlaufen sollten“ (Jäger et al. 2007: 238). Darunter fielen der alternative Kokaanbau, die Investition in von der Gewalt am stärksten betroffene Gebiete sowie das Beheben von Umweltschäden. Das Handeln Pastranas erfährt im Unterkapitel 4.4 detailliertere Beachtung. Infolge der im vorherigen Kapitel geschilderten Intensivierung der Gewalt in Kolumbien sahen die USA es für notwendig an, dem *Plan Colombia* einen anderen Schwerpunkt zu geben. Die USA erwirkten durch Druckausübung eine Änderung des Plans und schrieben sogar einige Passagen um (Kurz/Muno 2005:28). Sie steuerten auch die größte Summe an Geldern bei, sodass der Fokus eher auf die Intensivierung der Drogenbekämpfung gelegt und dazu auf militärische Mittel zurückgegriffen wurde (Jäger et al. 2007:238).



Millionen US-Dollar	Bestimmung
403,70	Artillerie-Helikopter und Training von Antidrogen-Bataillonen der kolumbianischen Armee
132,30	US-Behörden (z.B. Zoll)
116,50	Militärstützpunkte (FOL's) in Ecuador, Aruba und Curaçao
115,60	Kolumbianische Nationalpolizei
113,00	Drogenbekämpfung, Radarinstallationen, Luftwaffe und Landepisten
93,00	Programme zur alternativen ökonomischen Entwicklung
65,50	Justizverwaltung
58,5	Alternativprogramme für den Drogenanbau und -handel
55,00	Drogenbekämpfung in den Andenländern
53,50	Menschenrechte
47,50	Flüchtlingshilfe
32,00	KMAY-Helikopter für die Andenländer
3,00	Friedensprozess

Abbildung 1: US-Anteil zur Finanzierung des Plan Colombia

Quelle: (Jäger et al. 2007: 239).

Die Abbildung der US- Hilfen verdeutlicht die Schwerpunktsetzung auf die militärische Hilfe, da allein die ersten vier Positionen überwiegend militärischer Ausrichtung sind. Menschenrechtsbeachtende Hilfen sind nur mit kleinen Summen bedacht, beispielsweise nur 74,50 Millionen US-Dollar für die Flüchtlingshilfe.

Dieser Aspekt erschwerte allerdings die Friedensgespräche mit der FARC, die festlegte, dass sie nur „nach Zusicherung massiver Umstellungshilfe die von ihr protegierten Kokabauern zur Substitution ihrer Pflanzungen anhalten würde“. Ein weiterer Punkt war der, dass die kolumbianische Bevölkerung skeptisch gegenüber einer Einmischung seitens der USA in innere Angelegenheiten anderer Staaten war (Fischer 2001: 210). Dazu ergänzend lässt sich festhalten, dass der *Plan Colombia* bis zum Jahr 2000 weder der kolumbianischen Öffentlichkeit noch dem Parlament, dem Kongress oder der FARC zumindest als Entwurf vorlag (Friesendorf 2007: 131). Die kolumbianische Regierung entschied, die Bevölkerung „mit vollendeten Tatsachen zu konfrontieren und opferte den Ansatz des verhandelten Friedens“ (Fischer 2001: 211). Für den *Plan Colombia* wollte der kolumbianische Staat vier Milliarden US-Dollar zahlen und hoffte dabei auf die Unterstützung internationaler Geberländer. Auch die USA baten ihre internationalen Partner, zum Beispiel die Weltbank oder die Europäische Union, um Unterstützung, die ihnen von europäischer Seite zu einem großen Teil verwehrt wurde, da diese die militärische Ausrichtung als falsche Strategie einschätzten. Lediglich Spanien (Regierung José Maria Azanar) steuerte einen größeren

Betrag bei (Mayer 2008:83). Die norwegische Regierung sagte 20 Millionen US-Dollar zu (Fischer 2011: 211).

Der *Plan Colombia* nahm drei schwerpunktsetzende Komponenten ein: die wirtschaftliche Entwicklung, die Reduktion des Drogenangebots durch die Vernichtung von Kokafeldern und die Verbesserung der Menschenrechtssituation durch Gewaltreduktion und der Entwicklung eines Friedensvertrags (Mayer 2008: 84). Die wirtschaftliche Entwicklung sah ein Konzept vor, dass Kokabauern finanzielle und technische Hilfe für den alternativen Anbau zukommen lassen sollte. Die Zuschüsse erreichten die Bauern jedoch sehr spät und immer mehr sahen sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Das Budget des *Plan Colombia* sah lediglich 20% für die Opfer der Sprühhkampagnen vor. Militärhilfen an kolumbianische Armeeeinheiten, die möglicherweise Menschenrechtsverletzungen begangen haben, wurden eingestellt. Das *State Department* hatte, bei einer Wiederaufnahme der Hilfen, zuvor zu bestätigen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden waren. Die Umsetzung in die Praxis war jedoch bei der undurchsichtigen sicherheitspolitischen Lage Kolumbiens schwierig (Mayer 2008: 85).

Die Reduzierung des Drogenangebots nahm die bedeutendste Rolle ein, da die Beteiligten des *Plan Colombia* davon ausgingen, dass diese Strategie aufgrund des Einschnitts in die Finanzierung aller nicht-staatlicher Akteure durch Drogen, aufgehen würde (Mayer 2008: 85). Ihre Schwächung, so nahm man an, erhöhe die Wahrscheinlichkeit für Friedensverhandlungen. Die Bekämpfung der Drogen hatte aber eine gleichzeitige Involvierung der bewaffneten Gruppen und eine Aufgabenerweiterung der kolumbianischen und US-amerikanischen Sicherheitskräfte zu Folge (Mayer 2008: 85-86).

Die US-amerikanische Beteiligung am *Plan Colombia* beinhaltete rund 600 Millionen US-Dollar zur Ausbildung und Ausrüstung zweier neuer Bataillone, die im Süden Kolumbiens zur Unterstützung der Drogenpolizei dienten und ein sogenanntes Schutzschild für Polizeioperationen in den Regionen Putumayo und Caquetá errichteten. In diesen Gebieten, in denen auch die FARC im Konflikt mit dem Paramilitär waren und rund 50% des kolumbianischen Koka angebaut wurden, sollten 30 Blackhawk und 33 Huey Helikopter zur sofortigen Drogenbekämpfung bereitgestellt werden (Fischer 2001: 212). Die USA stellten der kolumbianischen Polizei rund 96 Millionen US-Dollar für die Bekämpfung von Koka- und Schlafmohnfeldern bereit. Als wesentlich für die Zerstörung der Felder werden Kontraktfirmen, die Armee und die laut der Verfassung ihr unterstellte Drogenpolizei, die gemeinsam die Organisation der Sprühflugzeuge bewerkstelligen (Fischer 2001: 213). Diese beteiligten Akteure werden von den USA als bedeutungsvoll in der Umsetzung ihrer

biologisch-chemischen und militärischen Drogenbekämpfung angesehen. Clinton und seine Regierung nutzten dabei folgende Strategien um das Endprodukt zu verteuern: die Bekämpfung des Drogenverkehrs an der Quelle (*going to the source policy*) durch Plantageneliminierung (*crop eradication*), einem unterbundenen Transport ins Ausland (*countrtrafficking program*) sowie die Bekämpfung von Aufständen. Durch die Kooperation mit Kontraktfirmen soll der Anteil der involvierten US-amerikanischen Militärangehörigen und der Vorwurf der direkten militärischen Involvierung niedrig gehalten werden (Fischer 2001:213). Myles Frechette, US-amerikanischer Botschafter in Kolumbien, betont diese Strategie, es sei: „very handy to have an outfit not part of the US armed forces. Obviously, if anybody gets killed or whatever, you can say its not a member of the armed forces“ (Stokes 2008: 188).

Dazu ergänzend werden rund 145 Millionen US-Dollar zur alternativen Entwicklung bereitgestellt, zum Beispiel für den Bau von Straßen und Schulen. Weiterhin dienen 93 Millionen US-Dollar einer Reform der Justiz, dem Schutz von Menschenrechtsorganisationen wie auch Antikorruptionsprogrammen, der Vorbeugung von Entführungen und der Etablierung von Konzepten zur Verhinderung von Geldwäsche. Im Gesamten gesehen sind die US-amerikanischen Gelder zur Armutsbekämpfung und für soziale Gerechtigkeit im Vergleich zu die für den Drogenkrieg vorgesehenen Gelder jedoch eher gering und man kann diese typische Form der Hilfe für Lateinamerika auch „symbolische Problembekämpfung“ nennen (Fischer 2001:214). Die USA geben hohe Summen für die scheinbare Entwicklung eines Landes aus, verfolgen aber insgeheim die Entwicklung ihres eigenen Landes durch leichteren Zugang zu, beispielsweise, Ölreserven.

Die USA stellten Hilfen für die kolumbianische Marine und Luftwaffe bereit. Bis zum Jahre 2002 wurden rund 33 „Flusskampfeinheiten“ ins Leben gerufen, die in den Gebieten Putumayo, Guaviare, Magdalena Medio, Guainía sowie Urabá den Drogenhandel auf den Flüssen eindämmen sollten. Außerdem erhielt die kolumbianische Küstenwache Boote und Training, um den Drogenverkehr in den Küstengewässern einzuschränken. Daneben manifestierte sich ein sogenanntes „Programm zur Unterbindung der Luftbrücke“, um potentielle, Drogen transportierende Flugzeuge durch US-amerikanisches Personal zu erkennen, mit dem Ziel, diese dann von peruanischen oder kolumbianischen Luftwaffeneinheiten (US-amerikanische Kampfflugzeuge) stoppen zu lassen (Isacson 2004: 322-323). Eine ebenfalls verbesserte Radarüberwachung hat die Aufgabe, gezielt Informationen über verdächtige Ereignisse zu erhalten. Diese Form der Unterstützung wurde im Januar 2003 eingestellt, da die Luftwaffe zuvor heftig, auf Grund von Untätigkeit

gegenüber einer Aufklärung der Santo Domingo Bombardierung mit 18 getöteten Zivilisten, getadelt worden war. Das US-amerikanische *State Department* sah sich schließlich gezwungen, in Übereinstimmung mit dem menschenrechtsbeachtenden *Leahy Amendment* die Unterstützung für die Luftwaffe einzustellen (Isacscon 2004: 323).

Die vorgesehenen Gelder und die damit verbundene Umsetzung eben jener Gelder blieb nicht ohne Kritik und führte schließlich zu einer Änderung des *Plan Colombia* unter dem folgenden US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush.

Imperialismustheoretisch betrachtet, wurde hier insbesondere der durch die US-amerikanische Zertifizierungspolitik entstandene unilaterale Ansatz der Drogenkontrolle deutlich. Durch diese Form der Politik wurden die Bedingungen für eine Machtungleichheit nach David Landes geschaffen.

Der Anstieg der Drogennachfrage und die Ausbreitung des Anbaus können als eine Folge der Globalisierung gesehen werden. Die Ausweitung der Gewalt, Korruption und der Menschenrechtsverletzungen gefährden den US-amerikanischen Zugang zu den wichtigen Ressourcen Öl und Kohle. Nach Hobson ist imperialistische Politik für die gesamte Gesellschaft nicht gewinnbringend und stehe in keinem Verhältnis zu den hohen Verwaltungs- und Militärcosten sowie der Gewinne des Handels in zumeist nicht erschlossenen Gebieten. Deshalb sei imperialistische Politik ein großes Interesse des Finanzkapitals. In Bezug auf Kolumbien gab es verschiedene Unternehmen, wie zum Beispiel die Helikopterfirmen, die am *Plan Colombia* interessiert waren und sich viele Aufträge und damit verbundene hohe Gewinne erhofften.

### 4.3. Ausbau des *Plan Colombia*

Durch anhaltende Kritik am *Plan Colombia* wurde im Frühjahr 2001 durch den US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush die *Andean Regional Initiative* (ARI) angeregt und im Juli 2001 vom Kongress verabschiedet. Im Grunde genommen ist die ARI nur die Fortsetzung des *Plan Colombia* unter einem anderen Namen. Der Fokus wurde hierbei insbesondere auf die gestiegene Regionalisierung des Konflikts und die Etablierung regionaler Stabilität gelegt. Regionale Stabilität sollte durch Eradikationen der Kokapflanzen, geheimdienstliche Bemühungen zur Aufspürung von Guerillaführern, militärische Ausbildung von Armeeinghörigen sowie die Errichtung von *cooperative security locations* in den Nachbarländern erlangt werden (Jäger et al. 2007: 239). Des Weiteren ist die ARI in drei Ebenen gegliedert: „die Förderung und Unterstützung der Demokratie und der demokratischen Institutionen, die Förderung der nachhaltigen ökonomischen Entwicklung

und Liberalisierung des Handels durch das Freihandelsabkommen *Área de libre comercio de las Américas* (ALCA), sowie die Reduktion des Angebots und der Einfuhr illegaler Drogen in die USA“ (Jäger et al. 2007: 239). Die Zahl der von US- Amerikanern ausgebildeten Militärs hat sich zwischen 2000 und 2003 massiv vergrößert: von 13.800 auf 22.800, rund 75 Prozent der Trainierten stammten dabei nicht aus Kolumbien. Die Existenz US-amerikanischer Basen sowie das Radarnetzwerk wurden erweitert (Jäger et al. 2007: 240).

Unter imperialismustheoretischen Gesichtspunkten betrachtet, haben die USA durch die Regionalisierung und Ausweitung des *Plan Colombia* ihre Macht ausgedehnt und ihre Interessen an natürlichen Ressourcen einmal mehr bekräftigt.

#### 4.4. Innenpolitische Rechtfertigung des *Plan Colombia* unter Pastrana

Pastrana sah sich bereits zu Beginn seiner Regierungszeit Kritik ausgesetzt, da er den FARC ein entmilitarisiertes Territorium in der Größe der Schweiz ohne einen verabschiedeten Waffenstillstand gewährte. Die bereits erwähnten Friedensgespräche mit der FARC waren mit Schwierigkeiten verbunden, da letztere eine internationale Überwachungskommission ablehnten und Pastrana selbst regelmäßig Änderungen wünschte. Des Weiteren gelangen der FARC militärische Erfolge während die Regierung „verunsichert und wenig koordiniert wirkte“ (Fischer 2001: 207-208).

Pastrana versuchte immer wieder, seine Lösungsansätze mithilfe des *Plan Colombia* und seine Kooperation mit den USA zu rechtfertigen. Stets beteuerte er, dass seine Spezialisten sorgfältig mit der Umwelt umgingen und diese den Gefahren größerer Verschmutzung durch fortgesetzten Drogenanbau und den Einsatz von Chemikalien entgegenwirken würden. Der Präsident lehnte es ab, auf weitere Kritikpunkte einzugehen. Dazu zählten zum Beispiel Fragen, ob die Regierung plant, gegen die entmilitarisierte Zone der FARC, in der Drogen produziert werden, vorzugehen oder ob sie gegen paramilitärische Einheiten reagieren wollte (Fischer 2001: 218-220). Dazu ergänzend lässt sich festhalten, dass die kolumbianische Regierung unter Pastrana nicht erklären konnte, wie sie die Gelder für den *Plan Colombia* ohne europäische Hilfen aufbringen wolle. Die Regierung hat sich also, zusammenfassend, weder mit dem kolumbianischen Kongress noch mit den wichtigsten zivilen Gruppen, kurzgeschlossen. Folglich kam es in Kolumbien zu einer undifferenzierten Polarisierung (Fischer 2001: 218).

Der 2002 gewählte Präsident Álvaro Uribe Vélez führte die Drogenpolitik Pastranas fort und setzte sich folgende Ziele: „Apoyar el Plan Colombia. Que incluya interceptación aérea para que no salgan aviones con coca y regresen con armas. Pediré la extensión del Plan para evitar

el terrorismo, el secuestro, las masacres, las tomas de municipios” (CAJAR 2003: 71). In einer seiner Reden erklärt Uribe die Bedeutung des Drogenkriegs, denn: „dass Guerillagruppen nur zu Verhandlungen bereit sind, wenn ihnen die Finanzierung ihrer subversiven Tätigkeit verloren geht“ (Von Dungen 2011: 357). Im Geheimen wurde dazu ergänzend der *Plan Patriota* entwickelt, um die FARC im Süden und Osten des Landes zu bekämpfen (Von Dungen 2011: 351).

#### 4.5. Intentionen der USA im *Plan Colombia*

Das vorherige Unterkapitel griff die Intentionen und Rechtfertigungen seitens der kolumbianischen Regierungen Pastrana und Uribe auf. Dieses Unterkapitel wird die Ziele der USA in Kolumbien in den Blick nehmen.

Kolumbien galt für die US-amerikanische Regierung unter Clinton als „Drehscheibe“ aufgrund seiner geostrategischen Lage. Diese sogenannte „Drehscheibe“ ist insbesondere durch den Plan, das Freihandelsabkommen ALCA zwischen den USA und den mittel- sowie südamerikanischen Staaten zu etablieren, wichtig. Die Außenpolitik Venezuelas unter Chávez erntete Beachtung in Bezug auf Kolumbien, da diese als „offene Oppositionshaltung“ gewertet werden kann und Megaprojekte in der Region attackiert. Man fürchtete in den USA eine sogenannte kubanisch-venezolanisch-kolumbianische „Achse des Bösen“ (Schmalz 2003: 1).

Das Interesse an Kolumbien wird durch die bedeutungsvollen Nachbarländer noch verstärkt. Die Nähe zu Brasilien ist aufgrund der Tatsache, dass es das bevölkerungsreichste und am stärkste industrialisierte Land Südamerikas ist und Ecuador sowie Venezuela sind für die USA aufgrund ihres Ölexportes Teil der US-amerikanisch geostrategisch fokussierten Außenpolitik (Zelik 2001 :1). Auch das Nachbarland Panama ist mit seinem transozeanischen Kanal und der Tatsache, dass die USA 1977 ihre dortigen Militärbasen verloren haben, für ein Engagement der USA in Kolumbien unerlässlich (Fischer 2001: 209).

Kolumbien wurde in den USA zunehmend, aufgrund illegaler Drogenexporte, Waffengeschäfte sowie der Geldwäsche als „Störfaktor im Globalisierungsprozess und als Bedrohung für die kontinentale Integration“ gesehen. Die Reise des US-amerikanischen Präsidenten Clinton mit einer großen Delegation von Parlamentsabgeordneten, Kabinettsmitgliedern sowie Diplomaten und Unternehmern am 30. August 2000 sollte die gelungene Koordination sowie Unabhängigkeit von parteipolitischen Kalkül beweisen. Die Abwesenheit hochrangiger Vertreter des Verteidigungsministeriums sollte zudem die zivilen Absichten verdeutlichen. Vehement wurde abgestritten, der Ideengeber des *Plan Colombia* zu

sein, man betonte vielmehr den Schutz des in Bedrängnis geratenen Partners (Fischer 2001: 216). Trotz der Tatsache, dass die US-amerikanische Bevölkerung die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten ablehnt, gelang es der Regierung Clinton unter dem Vorwand der internationalen Drogenbekämpfung, die Bevölkerung von der Notwendigkeit des Eingriffs zu überzeugen. Robert E. White, ehemaliger Botschafter in El Salvador, warnte jedoch von einer „Vietnamisierung“ des Konflikts (Fischer 2001:218).

Das Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo zitiert aus Heinz Dietrichs Beitrag „Evaluación del Plan Colombia en la Región Andina y el Ecuador“, dass Kolumbien Rohstoffe besitzt, die wichtig für die Ökonomien der dritten Welt sind. Der Amazonas bereichert Kolumbien mit einer hohen Biodiversität. Dieser liefert zudem rund 30% des lateinamerikanischen Süßwassers (CAJAR 2003: 29). Die besprühten Gebiete machen Kolumbien, nach dem *World Wildlife Fund* (WWF) zu einem Teil von „among the richest countries for plants and animals on the plant and has been a WWF priority for more than 20 years“ (Oldham und Masseyl 2002:9). Rund 55.000 Pflanzen, von denen ein Drittel endemisch sind, die Artenvielfalt an Vögeln weltweit, davon rund 60% aller Vögel in Südamerika und 19% weltweit (Oldham und Masseyl 2002:9). Die hohe Dichte der Biodiversität rege das Interesse der Gentechnikindustrie an (Schmalz 2003: 1).

Außerdem hat Kolumbien bedeutende Kohlereserven. Das US-Energieministerium äußert sich folgendermaßen zur Problematik des Konflikts und der mangelnden Erreichbarkeit dieser Ressourcen: „Vast unexplored and potentially hydrocarbon-rich territories remain in Colombia, which shares many of the geological features of its oil-rich neighbor Venezuela“ (Kurz 2007: 5).

Zudem verfügt das Land über bedeutende Goldreserven und betreibt einen umfassenden Export von Schnittblumen, Bananen und Kaffee (Zelik 2001 :2). Peter Pace, Chefkommandeur des US-amerikanischen Südkommandos unter Clinton, betont die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der Verbindungen zu Kolumbien:“loss of our caribbean and Latin American markets would seriously damage the health of the US economy“ (Stokes 2008: 197).

Friesendorf stellt außerdem eine Verbindung der FARC zum Kommunismus fest und nimmt an, dass die Amerikaner aus diesem Grund die FARC als einen gefährlichen Akteur im Konflikt wahrnehmen (Mayer 2008: 125).

Den bedeutendsten Aspekt nehmen Verlautbarungen zu kolumbianischen Ölreserven ein: „The oil picture in Latin America is strikingly similar to that of the Middle East, except that Colombia provides us with more oil today than Kuwait did then“ (Friesendorf 2007: 129).

Denn im Jahre 2000 lagen Kolumbiens Öl-Nettoexporte bei rund 4,3 Milliarden US-Dollar (Zelik 2001 :2). Die aufständischen Gruppen repräsentierten für die USA unter Bush demzufolge also eine Gefährdung ihrer Investitionen in Kolumbien. Als Beispiel diene hier die Ölpipeline Caño Limón, die im Jahre 2001 von der Guerilla rund 166 Mal mit Dynamit beschädigt wurde (Isacson 2004: 337). So auch der Republikaner Mark Souder aus Indiana der im Mai 2002 bekräftigte: „Kolumbien steht an 7. oder 8. Stelle für uns in der Erdölversorgung. Unsere Wirtschaft hängt davon ab. Wir haben schon die Instabilität im Mittleren Osten. Wir haben zwingendere Gründe uns in Kolumbien zu engagieren als sonst wo in der Welt“ (Isacson 2004: 337).

Die folgende Abbildung zeigt das kolumbianische Ölvorkommen und bekräftigt die Anstrengungen der US-Amerikaner, hier ihren Fokus zu verstärken. Bedeutende Ölvorkommen befinden sich in der Grenzregion zu Ecuador im kolumbianischen Department Putumayo. Unter imperialistischen Gesichtspunkten gilt insbesondere auch die Grenzregion für die USA als geostrategisch wichtig, um ihren Einfluss auch auf Ecuador wirken zu lassen. Eine Bekämpfung des Drogenangebots ist besonders in der Region Putumayo aufgrund der Ölvorkommen mit wirtschaftlichen Interessen verbunden.



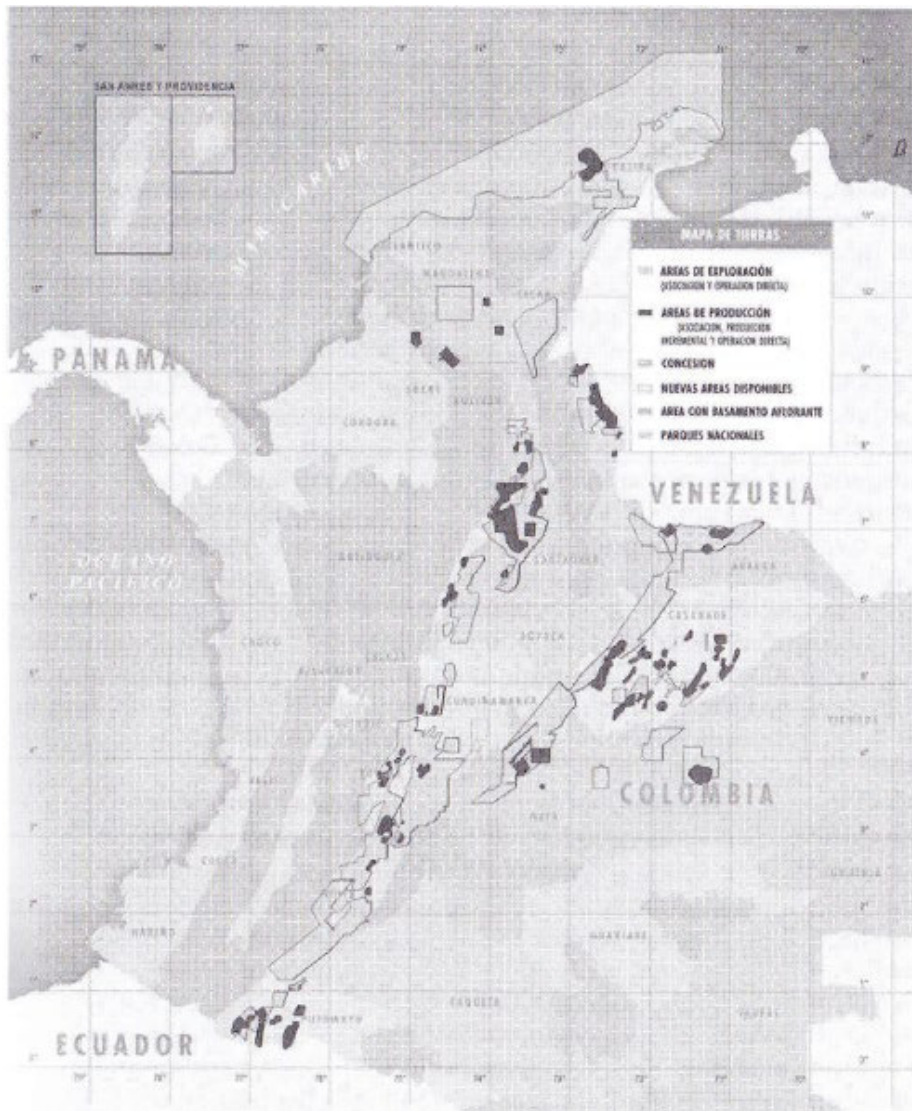


Abbildung 2: Kolumbiens Ölvorkommen  
 Quelle: (Jäger et al. 2007: 71).

Rund 98 Millionen US- Dollar wurden für Hubschrauber, Ausrüstungen, Training und geheimdienstliche Unterstützungen in die kolumbianische Armee investiert, um die 480 Meilen lange Öl-Pipeline von Caño Limón nach Coveñas zu schützen. Die US-amerikanische Ölgesellschaft *Occidental Petroleum* beansprucht rund 44 Prozent des Rohöls der Pipeline für sich (Isacson 2004: 337). Im Jahre 2001 kamen rund 3,1% der US-amerikanischen Ölimporte aus Kolumbien. Diese Ölabhängigkeit wurde durch den 11. September noch verstärkt, da diese, so Anne Patterson, US-amerikanische Botschafterin, „have become even less secure“ (Stokes 2008: 198). Unter diesem Eindruck setzen sich die USA überwiegend in sogenannten gescheiterten Staaten ein, um die Bildung von Terrorismus zu verhindern oder einzudämmen (Wagner 2007: 1).

Die USA sahen außerdem ihr nationales Wohl gefährdet:“ Kurz gesagt, der Weltmarkt, von dem wir ein Teil sind, kann dort nicht florieren, wo regionale Gewalt, Instabilität und

Aggression ihn gefährden. Unser ökonomisches Wohlergehen und unsere Sicherheit bedürfen einer stabilen Welt, in der die Gemeinschaft friedlicher, demokratischer Staaten weiter wächst“ (Wagner 2007: 1).

Insbesondere die Intentionen der USA im *Plan Colombia* lassen sich mit den imperialistischen Ansätzen in Verbindung bringen: Machtausdehnung durch Handelsinteressen. Die kolumbianischen Kohle- und Ölreserven sind unter dem Eindruck der Anschläge vom 11. September in den Fokus der US-amerikanischen Interessen an dem südamerikanischen Land gerückt. Durch die steigende Gewalt in Kolumbien sahen sich die USA mit sinkenden Zugangsmöglichkeiten zu den gewünschten Ressourcen konfrontiert. Des Weiteren kann man hier von einem Interventionsimperialismus sprechen: Drogenbekämpfung, um an Rohstoffe zu gelangen. Der „Parasitismus“ nach Lenin zeigt sich in der auf die militärische Komponente ausgerichteten Handlungsweise des *Plan Colombia*, durch die ungenügende Beachtung menschenrechtlicher Hilfen und die für die Wirtschaft existentielle Bedürftigkeit nach Öl.

#### 4.6. Kritik am *Plan Colombia*

„Das wird zur Eskalation der sozialen und militärischen Konflikte führen, das Problem des Drogenhandels nicht lösen, den Friedensprozess nicht lösen, der Kultur und dem Lebensstil der indigenen Völker Schaden zufügen, das Ökosystem des Amazonas schwer beschädigen, die Menschenrechtssituation verschlechtern, die Vertreibung fördern und damit die soziale und politische Krise insgesamt verstärken“ (Isacson 2004: 318).

Das vorstehende Zitat ist ein Auszug aus einem Brief des Jahres 2000, in dem rund 70 kolumbianische NGOs die Effektivität des *Plan Colombia* massiv anzweifelten.

Die Nachbarländer Kolumbiens zweifelten die Effektivität der biologisch-chemischen und militärischen Bekämpfung von Drogen an. Wenn alles gut geht, geht der Plan auf, wenn nicht, dann verlagert sich der Kokaanbau womöglich in die Andenausläufer jenseits der Landesgrenzen (Fischer 2001: 217). In Folge dieser Verlagerung, so bemerkte man, könnte auch die Guerilla nachwandern. Die peruanischen Kritiker fürchteten um die Sicherheit in der Grenzregion und ihrer damit verbundenen „nationalen Sicherheit“. Ecuador, Panama und Brasilien reagierten alle drei mit der Anpassung ihrer Streitkräfte an die Situation und Ecuador litt zusätzlich unter einer wachsenden Ankunft kolumbianischer Flüchtlinge (Fischer 2001:221).

Die europäischen Länder hingegen zeigten immer wieder ihre Bereitwilligkeit den Konflikt verhandelnd zu lösen und Wiederaufbauhilfe, die Reform des Staats sowie eine nachhaltige

Entwicklung zu unterstützen. Die Voraussetzung dafür war der Waffenstillstand, den die Guerilla zu diesem Zeitpunkt jedoch abgelehnt hatte.

Alles in allem betrachtete die Mehrzahl der europäischen Länder den unilateralen Ansatz der USA als nicht zielführend. Die chemisch-biologische Bekämpfung trifft die Falschen in der Produktionskette und trägt zur Entstehung enormer ökologischer sowie sozialer Einbußen bei. Die Europäische Union (EU) hat ebenso angenommen, dass, solange eine Nachfrage in den Konsumländern bestehe, die Produktion von Koka lediglich verlagert, nicht aber ganz aufgegeben werden würde. Clinton und seine Regierung bekräftigten immer wieder, dass man keine Guerilla bekämpfen wolle sondern ausschließlich den Drogenanbau und dass die militärischen Hilfen nur unter Berücksichtigung menschenrechtlicher Auflagen realisiert werden würden. Jedoch ist anzumerken, dass die Trennung von Drogen- sowie Aufstandsbekämpfung in Kolumbien praktisch unmöglich ist, da die FARC eine Vielzahl der wichtigen Anbauregionen kontrollierten und die USA somit, ohne es zu wollen, Teil des Konflikts werden würden (Friesendorf 2005: 49).

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass die Europäer sich nicht dazu bereit sahen, an einem Konzept mitzuwirken, zu dem sie nicht zur Gestaltung mit eingeladen wurden. Die USA sahen vor, die Kosten für den militärischen Teil zu tragen und die Europäer wurden aufgefordert, die Behebung der sozialen und ökologischen Folgen des Krieges zu zahlen (Fischer 2001:223).

Es reißen sich weitere Kritikpunkte ein, denn es wurde bezweifelt, dass besser ausgebildete und bewaffnete Sicherheitskräfte automatisch weniger anfällig für Menschenrechtsverletzungen und Korruption waren. Dazu ergänzend wurde angezweifelt, dass „Drogenhändler mit einer angebotsorientierten Bekämpfung in die Knie gezwungen werden können“, da diese in der Lage waren, zügig neue Vertriebsorganisationen und Produktionsflächen zu schaffen (Fischer 2001: 225). Auch wurde befürchtet, dass die betroffenen Kokabauern sich nach den Sprühflügen der Guerilla oder dem Paramilitär anschließen könnten und sich der Konflikt somit noch intensivieren würde (Veilette, Arvelo-Velez 2003: 10).

Imperialismustheoretisch zeigt sich hier wiederholt der unilaterale Ansatz der USA, da beispielsweise die EU nicht zur Mitentwicklung des Plans eingeladen wurde.

## 5. Auswirkungen des US-amerikanischen Engagements im Süden Kolumbiens

*“Washington se mantiene frio ante estos fenómenos. Pone una vela a dios apoyando la restitución de tierras y otra al diablo, manteniendo las fumigaciones como acción de guerra.”* (Vargas 2015:39).

Das vorstehende Zitat bekräftigt die nicht nachlassende Gleichgültigkeit seitens der US-amerikanischen Regierungen Clinton und Bush in Hinblick auf die negativen Auswirkungen ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung des Anbaus von Drogen im Süden Kolumbiens. Das US-amerikanische Engagement im Süden Kolumbiens hatte weitreichende gesundheitliche, soziale sowie ökologische Folgen. Als Fallbeispiel dient die Region Putumayo, die im Folgenden zunächst beschrieben wird. Im Anschluss werden die spezifischen Auswirkungen des US-amerikanischen Engagements hervorgehoben.

In Rahmen der Vorabrecherche zu dieser Arbeit wurden im Putumayo sieben Bauern zu den Besprühungen und ihrer damaligen sowie jetzigen Lebenssituation befragt. Die Bauern bauen größtenteils Koka an, aber auch Yuka, Mais, Getreide und Reis. Die Interviews wurden im *Bajo Putumayo*, in der Ortschaft Puerto Asís durchgeführt. Die handschriftlichen Aufzeichnungen der Gespräche wurden zeitgleich zu den Interviews angefertigt und einige der Betroffenen kommen in den folgenden Ausführungen durch Zitate zu Wort. Die Ausführungen werden mithilfe dieser durchgeführten Interviews im Putumayo in ihrer Bedeutung noch gestärkt. Da das Nachbarland Ecuador durch die Besprühung im Süden Kolumbiens direkt betroffen war, wird es in diesem Kapitel ebenfalls in den Fokus genommen.

Die Folgen des *Plan Colombia* und die Regionalisierung des Konflikts sind aufgrund der Tatsache, dass der *Plan Colombia* selbst eine Komponente und ein Katalysator eben jener ist, nur schwer voneinander zu differenzieren (Jäger et. al 2007: 252).

### 5.1. Verortung Putumayo

Putumayo ist ein Department im Süden Kolumbiens, angrenzend an die Departments Amazonas, Caquetá, Huila, Cauca und Nariño. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Lage

Putumayos im Süden Kolumbiens angrenzend zu Ecuador und illustriert die Bezirke in dem Department.

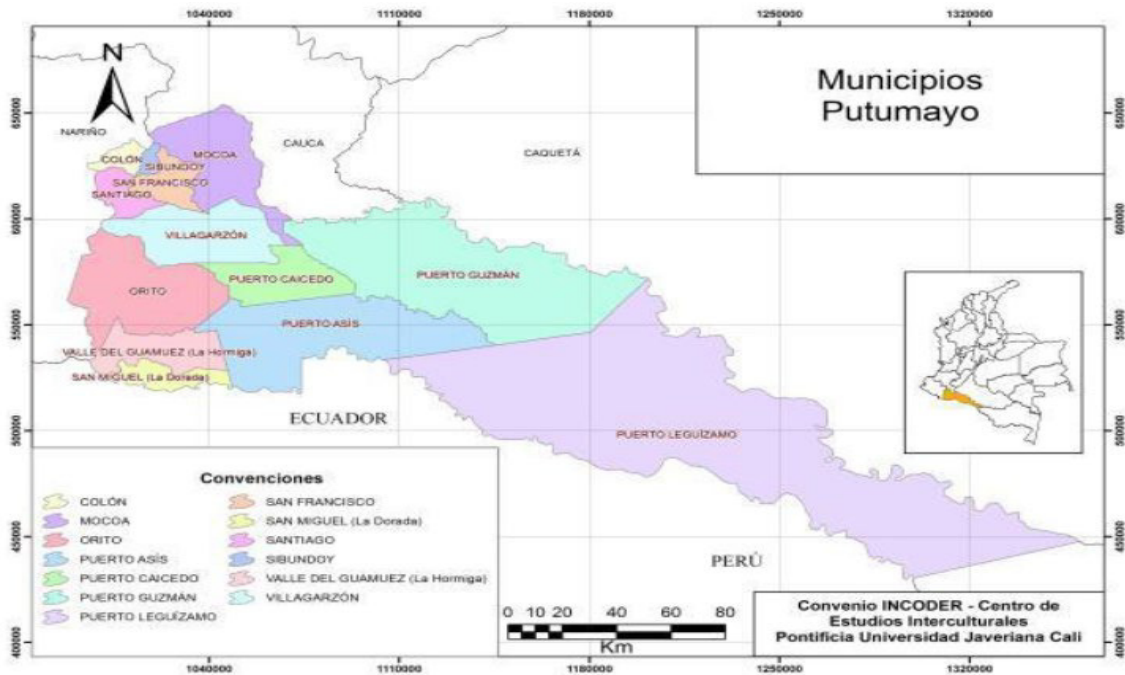


Abbildung 3: Munizipien im Putumayo

Quelle: (Avila et al. 2014: 6).

Putumayo hat eine Größe von 24.875 Quadratkilometern. Die Landschaft ist zum überwiegenden Teil durch die amazonische Ebene gekennzeichnet, die seit Epochen von indigenen Völkern besiedelt worden ist. Das Department ist in drei Subregionen unterteilt. Dazu zählen *Alto Putumayo*, zugehörig zur *Cordillera Oriental* mit den Gemeinden San Francisco, Sibundoy, Santiago und Colón. Im *Medio Putumayo* befinden sich die Hauptstadt Mocoa sowie die Gemeinden Puerto Guzmán und Villagarzón. In der amazonischen Ebene, dem *Bajo Putumayo*, liegen die Gemeinden Orito, Puerto Asís, Valle de Guamés, La Hormiga, Puerto Caicedo, San Miguel, La Dorada und Puerto Leguizamo (Defensoría Nacional 2002: 4). Im Jahre 2002 leben in der Region 323.549 Menschen und das jährliche Bevölkerungswachstum liegt bei 22 Prozent. Ungefähr 67,4 Prozent leben auf dem Land. 23.500 Einwohner, circa acht Prozent, sind indigen und leben in 29 Schutzzonen (Defensoría Nacional 2002:5).

Putumayo hatte schon immer mit externem Einfluss zu kämpfen: die indigenen Völker, wie die Huitoto, überlebten die Kolonialzeit sowie die Bedrohungen während des Kautschukbooms. Mit dem Aufkommen der Kautschukindustrie begann die systematische Abholzung des Putumayo. Die Nachbarländer Peru und Brasilien begannen kommerzielle

sowie politische Aktivitäten im Amazonasgebiet. Auch mit dem *Plan Colombia* geht eine beginnende Ausbeutung einher, besonders in Bezug auf Erdöl (Guerrero Albán 2005:49).

Der Anbau von Koka im Putumayo begann Ende der 70-er Jahre und breitete sich bis 1985 rasant aus, auch begünstigt durch mangelnde Kontrolle durch die kolumbianische Regierung. Die Regierung wurde schließlich aufgrund eines auffälligen Preisnachlasses auf den Kokaanbau aufmerksam. Am Kokaanbau beteiligten sich nicht nur Bauern, sondern auch indigene Arbeiter sowie Migranten, die, ökonomisch motiviert, sich auf den Weg in den Putumayo machten. Im Endeffekt waren zu Beginn des neuen Jahrtausends rund 60 Prozent des angebauten Kokas im Putumayo in den Händen von Kleinbauern (Defensoría Nacional 2002: 5). Im Jahre 2000 erwirtschaftete ein Hektar Koka einen Gewinn von 800.000 bis 1.800.000 Dollar, 3.200.000 bis 7.200.000 Dollar pro Jahr (Guerrero Albán 2005: 84).

Indem gewaltausübende Gruppen sich auf dem Land und in den Städten niederließen, veränderte sich die soziale und ökonomische Struktur des Departments. Weitere Unruhe breitete sich mit der Ankunft der linksgerichteten Guerilla *Movimiento 19 de abril* (M-19) im Jahre 1983 aus und noch im gleichem Jahr eröffnete die Guerilla *Ejército Popular de Liberación* (EPL) die Front Aldemar Lodoño im mittleren Putumayo. Nur ein Jahr später begannen die FARC ihr Wirken in der Region. Nicht außer Acht zu lassen ist die Präsenz einer Drogenhändlerkompanie. Zwischen 1987 und 1990 spielte die paramilitärische Gruppierung „Los Macetos“ die Guerillagruppen im Putumayo mit ihrer Macht aus. Im Jahre 1990 gelang es der FARC „Los Macetos“ zu besiegen. Für die ökonomische Situation der FARC gewinnbringend blieben die Drogenhändler.

Bis auf das Valle de Sibundoy sind der Kokaanbau und die Gewalt nicht mehr nur in Puerto Asis und im Valle de Guamuez, sondern in ganz Putumyo spürbar (Guerrero Albán 2005: 74-75). Die Präsenz der Drogenhändler im Putumayo zeigt sich auch durch ein einschneidendes Ungleichgewicht innerhalb der Gesellschaft, gestiegene Pachtpreise sowie die veränderte Bodennutzung (Guerrero Albán 2005:81).

Der Putumayo zeichnet sich außerdem durch eine bescheidene Präsenz des kolumbianischen Staates aus, die sich nur auf die Bekämpfung des unerlaubten Anbaus von Koka beschränkt, welche im folgenden Unterkapitel Beachtung findet.

## 5.2. Besprühungen im Putumayo

*„Las medidas adoptadas deberán respetar los DD. HH. fundamentales y tener en cuenta los usos tradicionalistas ilícito...así como la protección del medio ambiente” (Guerrero Albán 2005: 77).*



Das einleitende Zitat unterstreicht die geforderten Bedingungen der Vereinten Nationen zur korrekten Besprühung der Kokapflanzen und der Beachtung von Menschenrechten. Dieses Kapitel möchte die Nichtbeachtung dieses 14. Artikels der Betäubungsmittelkonvention in den Blick nehmen.

Die Besprühungen im Putumayo sind Teil der sogenannten „Zuckerbrot und Peitsche Diplomatie“, mit der die USA lateinamerikanische Staaten nötigen, ihre gewünschte Drogenpolitik zu realisieren. Diese erzielte jedoch häufig nicht das gewünschte Ergebnis (Fischer 2001: 224). Diese Form der Diplomatie bekräftigt die zunächst gut gemeinten Hilfen, die letztlich jedoch kontraproduktiv wirken und eher auf das ökonomische Wohl der USA abzielt.

Um dem Kokaanbau ein Ende zu setzen waren rund 313.283 Millionen kolumbianische Pesos in Rahmen des *Plan Colombia* für das Department Putumayo vorgesehen (Defensoría Nacional 2002: 13). Diese Gelder wurden vielfältig eingesetzt.

Für das Jahr 2001 sah die militärische Komponente des *Plan Colombia* im Department Putumayo 130 Piloten in 12 Flugzeugen für die Besprühungen, 65 Helikopter, 3000 in der Drogenbekämpfung ausgebildete Polizisten sowie 1000 Bataillonsmitglieder vor (Barajas 2003: 140-141). Für die Sprühflüge wurde *RoundUp Ultra* verwendet, ein Gemisch aus Wasser, dem kommerziell erhältlichen Herbizid Glyphosat sowie dem Tensid Cosmo-Flux 411f. Diese Zusammenstellung veröffentlichte das US-State Department. Nach dessen Angaben ist das Sprühflugprogramm nur für große Kokaanbauer gedacht, es kristallisierte sich jedoch heraus, dass auch kleine Kokabauern, Bauern mit legalem Anbau und indigene Gemeinden direkt von den Sprühkampagnen betroffen waren (Oldham und Massey 2002: 1-2). An dieser Stelle lässt sich ebenfalls festhalten, dass, nach dem kolumbianischen Soziologen Ricardo Vargas, in Kolumbien für einen Hektar rund 13.47 Liter Glyphosat verwendet wird. Dieses ist das fünffache der international empfohlenen Menge von 2,5 Liter Glyphosat pro Hektar (Guerrero Albán 2005: 94). Insgesamt wurden zwischen 2000 und 2003 rund 278 587 Hektar Kokaanbaufläche im Putumayo besprüht

Da die Sprühflugzeuge sehr hoch flogen, um nicht von der Guerilla angegriffen werden zu können, war es nicht zu garantieren, dass das Glyphosat, bedingt von Windbewegungen, tatsächlich Kokaplantagen trifft (Paige 2014:1). Die Kokapflanze kann, bei sofortiger Spülung zumeist bereits drei bis vier Monate nach Besprühungen geerntet werden, während die Pflanzungen des täglichen Bedarfs sich nicht wieder erholen (Tenthoff 2007: 3).

Die staatliche Ombudsstelle Putumayos erhielt rund 6.553 Beschwerden von Bauern mit dem Ziel einen Antrag auf Beendigung der Besprühungen beim Nationalrat einzureichen währenddessen man die Situation verifizieren solle. Insbesondere ging es in diesen Beschwerden auch um den Verstoß gegen Menschenrechte. Weitere Beschwerden wurden von Kongressmitgliedern und der nationalen Kontrollbehörde bei der Regierung in Bogotá eingereicht (Montanés et al. 2001: 5).

Eindeutig zitiert Luis Eduardo Cifuentes, der damalige Leiter der Ombudsstelle, das kolumbianische Gesetz:

“En el programa de erradicación aérea de cultivos ilícitos en el cual participan personal extranjero y colombiano contratado por la firma estadounidense DynCorp desconoce el plan de manejo ambiental del ministerio de medio ambiente, que prohíbe la erradicación forzosa en cuerpo de aguas estadísticas y corrientes, en zonas de asentamientos humanos, dentro de resguardos indígenas y en áreas de proyectos productivos de pactos sociales” (Guerrero Albán 2005: 100).

Diese Vorschriften seitens des kolumbianischen Gesetzes sind eindeutig nicht eingehalten worden, wie auch Journalisten des BBC und der New York Times 2001 feststellen mussten:

“several months ago they sprayed here...but they did not respect the conventions laid out in the government decrees. It was done in an indiscriminate manner, without considering that it was going to affect agricultural food crops such as bananas, yucca, corn, and beans as well as pastures and forests. They sprayed water courses, cattle, and people” (Oldham und Masseyl 2002: 5).

Die Besprühungen verstoßen unter anderem auch gegen die Richtlinien des *Plan de Manejo Ambiental* (PMA) in dem festgehalten wurde, dass in Naturparks und indigenen Schutzgebieten nicht gesprüht werden darf. Die staatliche Bürgerrechtsbehörde hat sich bereits mit mehreren Beschwerden an die Regierung gewendet mit der Forderung nach Einstellung der Besprühungen. Die Beschwerden der Betroffenen werden jedoch nicht beachtet, ein Großteil wird von der nationalen kolumbianischen Polizei unter Verschluss gehalten. Allein im Putumayo hat die Bürgerrechtsbehörde aus Puerto Asís, Orito und La Hormiga rund 318 Beschwerden von 6.076 Familien, Inhaber von 5.034 Hektar Land, erhalten. Der Großteil der Beschwerden kam von Menschen, die Sozialpakete (siehe nächstes Unterkapitel) geschlossen haben und aus Regionen stammen, in denen 70 Prozent der Kokapflanzungen besprüht wurden. Hier zeigt sich, dass rund 32 Prozent derjenigen, die Teil der Sozialpakete waren, auch Opfer der Besprühungen wurden (CODHES 2003: 23).



### 5.3. Alternativer Anbau durch Vereinbarung von sogenannten Sozialpakten

Die sogenannten Sozialpakete zur Etablierung eines alternativen Anbaus wurden einerseits durch den *Plan Colombia* vorgeschrieben, andererseits aber auch durch den kolumbianischen Staat vorangetrieben. Das folgende Zitat soll eine einführende Information zu den Sozialpakten geben:

“Los pactos sociales constituyen un acuerdo de voluntades entre los campesinos que están dispuestos a sustituir el origen de sus ingresos, hasta ahora provenientes del cultivo de la coca, por unos ingresos provenientes de la producción, transformación y comercialización de los productos de uso ilícito de nuestra región amazónica diferentes a la coca” (Barajas 2003: 152).

Um den Anbau von Koka zu unterbinden, wurden zwei Strategien entwickelt. Zum einen die Besprühung mit Glyphosat, zum anderen die Etablierung eines alternativen Anbaus, der den Lebensunterhalt der Betroffenen auf legale Weise sicherstellen sollte. Im Laufe der Umsetzung dieser Strategie wurden zwischen 2000 und 2001 Sozialpakete zur freiwilligen Vernichtung illegaler Pflanzungen innerhalb eines Jahres mit den betroffenen Bauern vereinbart (Defensoría Nacional 2002: 15). Die Umsetzung dieses Programms wird durch die kolumbianischen nichtstaatlichen Organisationen *Fundaempresa*, *Fundecomercio*, *codesarrollo*, *vida y futuro* und die *fundación restrepo barco* begleitet (Barajas 2003: 153). Weitere Projekte wie die sozioökonomische Unterstützung, die territoriale-kulturelle Stärkung sowie der Schutz und die Erhaltung der Umwelt sollten durch *Plante* verwirklicht werden (Defensoría del Pueblo 2001: 3-4).

Zur Umsetzung der Sozialpakete wurden die Besprühungen zeitweilig eingestellt doch:“ die technische Hilfe kam nicht wie vorgesehen. Die Gelder für die alternative Entwicklung wurden durch die Bürokratie zurückgehalten“ (Isacson 2004: 327). Die Lieferung der Hilfen wurde durch die schwierige Sicherheitslage infolge der Kämpfe zwischen der FARC und der paramilitärischen Einheiten im Putumayo jedoch erschwert. Rund 37.000 Familien im Putumayo haben Sozialpakete unterschrieben, doch nur 8500 Familien haben im April 2002 die Hilfen erhalten (Isacson 2004: 327).

Die nationale kolumbianische Kontrollstelle stellte fest, dass vom Plan Colombia 60 bis 70 Prozent der vorgesehenen Gelder statt für die Verbesserung der sozialen Situation für die Sprühkampagnen ausgegeben worden sind. Nur unter zehn Prozent sind in die Entwicklung des alternativen Anbaus geflossen (CODHES 2003: 6). Es gibt weder von Seiten der kolumbianischen Regierung eine Integrationspolitik noch gibt es effektive Projekte, die die Betroffenen einer Besprühung ansprechen und sie in den legalen Anbau einbinden (Barajas 2002: 153). „El Plan Colombia fue una estrategia de despojo. Aparentaban beneficios pero no

fue así, los proyectos estaban impuestos a los campesinos, sin preparación o sin escuchar sus intereses”, sagt Nelson Enriquez, 62 Jahre alt und aus Mocoa stammend. Dazu ergänzend kam es zu Unregelmäßigkeiten bei der Abwicklung von Kostenvoranschlägen und der Verbrauchsmaterialien die durch einige Firmen veranschlagt wurden. Dies führte zu einem Anstieg des Misstrauens derjenigen Bauern, die die Sozialpakete unterschrieben haben und einen Anstieg der Vertreibung aufgrund der zunehmenden Verwundbarkeit durch die Situation mit der sich die Bauern konfrontiert sahen (Barajas 2003: 154). Dies bekräftigt auch Bernardo Caguazango, 55 Jahre aus Villagarzón: „El Plan Colombia no funcionó porque sólo generó dinero para organizaciones privadas, dejaron de lado a las comunidades”.

Die hier beteiligten Akteure sind die Ortschaften in neun Gemeinden im Putumayo und die kolumbianische Regierung. 37.775 Familien verpflichteten sich 37.728 Hektar Kokapflanzungen zu vernichten. Zwei Vereinbarungen wurden mit der indigenen Bevölkerungsschicht geschlossen. Am 12. Januar 2001 wurde ein Sozialpakt mit der Ethnie Cofán, bestehend aus 577 Familien, geschlossen und ein weiterer mit der *Organización Zonal Indígena del Putumayo*, bestehend aus 108 Gemeinderäte, insgesamt 4.300 Familien (Defensoría Nacional 2002: 15).

Trotz alledem kam es zu Besprühungen des im Rahmen dieser Sozialpakete vereinbarten Anbaus von Yuka, Kochbananen, Mais und Obstbäumen, außerdem verendete das Nutzvieh das auch Teil der Sozialpakete war (CODHES 2003: 23). Mangelnde Abstimmung zwischen dem *Programa de Desarrollo Alternativo* und dem *Programa de Erradicación Aérea con Químicos* führte auch dazu, dass alternative Projekte Ziel der Besprühungen wurden (Defensoría del Pueblo 2003: 14). An Palmen zeigten sich gelbe Flecken auf den Blättern. In der indigenen Schutzzone Nueva Isla verendeten 2000 Fische (Defensoría del Pueblo 2001: 13). Alternative Projekte in der Ortschaft Orito, in der Reis angebaut wurde, zeigten eine Verminderung des Wachstums des Reis. Betroffen von den Sprühkampagnen wurden auch Projekte, die von den Vereinten Nationen etabliert wurden, wie Anpflanzungen des Obstbaums Pfirsichpalme und von Kautschuk (Defensoría del Pueblo 2001: 14-15).

Paradoxerweise wurden also Pflanzen besprüht, die zuvor eigentlich im Rahmen des *Plan Colombia* zur alternativen Entwicklung gepflanzt worden sind.

Das Scheitern der Sozialpakete gesteht sich auch eine geheime US-AID Studie ein, denn es sei ein „Irrtum“ gewesen zu glauben, „dass Hilfe im großen Stil, die für 37.000 Familien neue Einkommensquellen schaffen sollte, in einem Jahr identifiziert, getestet und übergeben werden könnte“ (Isacson 2004: 329).

## 5.4. Folgen für die Umwelt

*“no puede admitirse que, bajo el argumento de eliminar los cultivos ilícitos, las autoridades colombianas omitan su deber constitucional de proteger el medio ambiente y, por el contrario, contribuyan a destruirlo” (Guerrero Albán 2005: 98).*

Die kolumbianischen Behörden gehen den Bestimmungen des auferlegten Umweltschutzes nicht nach. Besprüht wurde in den Gebirgsausläufern sowie im dichten Regenwald Putumayos (Defensoría del Pueblo 2001: 10). Die Kokapflanze ist teilweise gegen die Sprühkampagnen resistent, vielmehr traf das durch den Wind transportierte Glyphosat den legalen Anbau (CODHES 2003: 5). Nichtsdestotrotz wurden von den Bauern verschiedene Methoden zur Begrenzung der Folgen der Sprühkampagnen entwickelt. Die Pflanzen wurden unmittelbar nach dem Kontakt mit Glyphosat mittels einer Mischung aus Urea und Wasser gespült. Eine andere Spülung bestand aus einem Zuckerrohrhonig. Auch Düngungen mit organische Substanzen zeigten Erfolg (Guerrero Albán 2005: 96).

„El glifosato no es selectivo, mata todas las plantas, contamina toda la planta incluyendo sus frutas y el consumo de esto es cancerígeno“, manifestiert Nelson Enriquez, 62 Jahre alt und aus Mocoa stammend. Die Besprühungen betrafen, wie das Zitat zeigt, nicht nur die Kokapflanzen, sondern, wie bereits angedeutet, auch die Anbauflächen von Nahrungsmitteln sowie die von produktiven Projekten, die durch staatliche und internationale Mittel finanziert wurden. Die Betroffenen berichteten, dass: „se fumiga el triple de cultivos de pancoger por fumigar un círculo pequeño de coca“ (CODHES 2003: 5).

Anzeigen wurden beispielsweise von der *Organización Zonal Indígena del Putumayo* sowie dem putumayischen Gemeinderat eingereicht (Defensoría Nacional 2002: 22) Der Zyklus der Anbauflächen für Lebensmittel des eigenen Bedarfs wurde durch die Besprühungen von Glyphosat unterbrochen und die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln für die Familie wurde begrenzt (Velaidez 2000: 146). Für das Vieh kam es zu Einschränkungen ihrer Weidemöglichkeiten aufgrund der ungenauen Besprühungen oder aufgrund sekundärer Effekte wie beispielsweise durch Evapotranspiration verschmutzten Wassers. Der durch die Helikopter und Kleinflugzeuge verursachte Lärm führte zu Stress unter den Tieren, wodurch auch die Fortpflanzung beeinträchtigt wurde. Hühner verendeten durch die Aufnahme von verschmutztem Wasser (Velaidez 2000: 146). Eine weitere Auswirkung zeigte sich in den Migrationsbewegungen der Wildtiere. Hauptsächlich waren Amphibien und Vögel betroffen (Defensoría del Pueblo 2001: 10). In bereits existierenden Schluchten bildeten gefallene

Bäume und andere Pflanzen Staudämme infolgedessen sich die Wasserqualität verschlechterte. Das Wasser, welches durch die mit Glyphosat in Berührung gekommenen Staudämme, verschmutzt wurde, diente vielen Bewohner der Region als Trinkwasserquelle. In der indigenen, putumayischen Gemeinde Santa Rosa del Guamuéz verfärbte sich das Wasser aufgrund der Gerbsäure in den Blättern (Defensoría del Pueblo 2001: 10). Die im Rahmen der Sozialpakete angepflanzten Palmen zur Gewinnung von Palmherzen wurden durch die Besprühungen schwer getroffen, so dass im Jahre 2002 ein Ertragsverlust 42 Millionen kolumbianischen Pesos entstand (CODHES 2003: 23).

## 5.5. Gesundheitliche Folgen

“Durante un año estuve en Ecuador (Lago Agrio) trabajando para poder mantener mi familia. Después de este año volví a Colombia y seguí a cultivar coca. El cultivo no genera ganancias ni mejora la calidad de vida, solo produce lo necesario para cubrir las necesidades básicas”, so Juan Angelo Rosales, 45 Jahre alt und aus Valle de Guamuéz stammend.

Im Laufe der Besprühungen sind verschiedene gesundheitliche Schäden durch Glyphosat öffentlich bekannt geworden, die im Folgenden erläutert werden.

Eine französische Untersuchungskommission veröffentlichte, in Zusammenarbeit mit der internationalen Agentur für Krebsforschung, Teil der Weltgesundheitsorganisation, im April 2005 einen Bericht, der Glyphosat als eine Substanz des Typs zwei, krebserregend, ausweist (Vargas 2015:40). Schwangere Frauen erlitten aufgrund des Lärms der Flugzeuge und der Stressgefühle Fehlgeburten (Velaidez 2000 :148). Es kam zu schwarzem nasalen Ausfluss, Keuchen, reduzierter Aktivität, Verlust von Körpergewicht und zu mit Blut gefüllten Lungen (Nivia 2000: 135).

Die Ethnie Cofán sagte gegenüber dem britischen TV Senders BBC aus, dass ihre Gemeinde seit Beginn der Sprühflüge unter Kopfschmerzen, Fieber und Ausschlag leiden würde. Dazu ergänzend berichtete die New York Times von Beschwerden, über Schwindel, Durchfall, Erbrechen, juckender Haut, roten Augen und abermals Kopfschmerzen, die bei der Gesundheitsbehörde Putumayos eingingen. Hautirritationen wurden überwiegend bei Kindern beobachtet (Oldham und Masey 2002: 3).

Das US-amerikanische State Department bestreitet Anschuldigungen und betont, dass die US-amerikanische Umweltschutzbehörde die Verwendung von Glyphosat für den generellen Gebrauch zulässt. Des Weiteren hätte es bei Berührungen mit der Haut eine „very low acute toxicity“. Dieser Behörde zufolge sei Glyphosat weniger toxisch als Aspirin, Koffein, Nikotin

und Vitamin A (Oldham und Massey 2002: 6). Informationen seitens des *Roundup Ultra* Herstellers Monsanto sprechen hier jedoch eine gänzlich andere Sprache: das Produkt könne Haut- und Augenirritationen bei Menschen auslösen, die in direkten Kontakt mit dem Glyphosat gelangt sind oder in Kontakt mit betroffenen Pflanzen kamen. Bei Verzehr betroffener Pflanzen kurz nachdem diese besprüht wurden, löst das Produkt Magen-Darmbeschwerden aus (Oldham und Massey 2002:7).

„Cada tres meses fumigaban con avionetas y no le permitía cultivar porque cada vez que estaba cerca de cosechar pasaba la avioneta“, so Bernardo de Jesús, 62 Jahre alt und aus Puerto Guzmán stammend. Die Besprühungen reduzierten also die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln. Diese Begrenzung ist insbesondere auf das Verenden des Nutzviehs, und eine Reduzierung des Fischfangs zurückzuführen. Noch gravierender war jedoch der Kontakt mit betroffenen Pflanzen und die Missernte ihres für den Lebensunterhalt sorgenden Anbaus von Yuka, Mais, Kochbananen sowie von Obstbäumen (Defensoría Nacional 2002: 25).

## 5.6. Vertreibung der Bevölkerung im Putumayo und Anstieg der Gewalt

Diese zuvor erläuterten Auswirkungen machten der in den betroffenen Gebieten ansässigen Bevölkerung deutlich, dass ihr Überleben nicht mehr gesichert ist und zwang sie, sich einen lukrativeren Ort zum Leben zu suchen.

Bauern, die in Folge der Sozialpakete ihre Kokapflanzen bereits vernichtet hatten und bei denen die Gelder für einen alternativen Anbau nicht ankamen, wussten nun nicht, wovon sie leben konnten (Isacson 2004: 328).

Für Vertriebene war die Suche nach einer neuen Heimat immer auch mit Risiken verbunden, da die bewaffneten Gruppen häufig Landminen auf den Straßen, Feldern und im Regenwald verteilen und viele Opfer der Besprühungen mit Landminen in Kontakt kamen und diese auch ein tödliches Hindernis bei der Beschaffung von Lebensmitteln darstellten (Paige 2014: 1).

Die Vertreibung der Bevölkerung im Putumayo stieg schrittweise an, im Dezember 2002 befand sich das Department Putumayo nach Chocó und César an dritter Stelle der Grenzdepartments. Die grundlegende Charakteristik der erzwungenen Umsiedlung ist die vom Land in die Stadt. Die Hauptstadt Mocoa ist im Putumayo die Stadt, die mit circa 60 Prozent am meisten Vertriebene aufnimmt. Darauf folgt Puerto Asís mit einem 100 prozentigen Anstieg der Ankunft Vertriebener zwischen Januar und Juni 2002. Weitere Geflohene gelangten nach Puerto Caicedo und Orito (CODHES 2003: 14). Zu den Ursachen der Vertreibung kann man die Intensivierung des Konflikts durch zunehmende territoriale Konflikte zwischen den bewaffneten Gruppen, die mangelnde Umsetzung der Sozialpakete und

die damit verbundene zunehmende wirtschaftliche Instabilität zählen. Konstante Bedrohung der örtlichen Bevölkerung und die Schäden an der Gesundheit sowie der Umwelt sind eine der Hauptfaktoren der Vertreibung (Barajas 2003: 139). Nach Angaben des Informationszentrums der kolumbianischen Beratungsbehörde für Vertreibung lässt sich festhalten, dass ungefähr 7.200 Familien zwischen Januar und September 2001 aus Kokaanbauregionen geflohen sind (Barajas 2003: 148).

Man sollte an dieser Stelle jedoch nicht vergessen zu erwähnen, dass das *Sistema Único de Registro de la Red de Solidaridad Social*, Registrierungszentrum, die Vertriebenen der Sprühkampagnen nicht offiziell anerkennt und diese folglich Schutzlosigkeit und Vernachlässigung ausgesetzt sind. Aber auch eine Registrierung als Geflüchteter ist mit Schwierigkeiten verbunden, weil: "... la gente no se registra por temor o salen a otras ciudades. La semana pasada mataron a cinco desplazados personas jóvenes resgistradas en la Red" (CODHES 2003: 14).

Die Departments Putumayo, Caquetá und Arauca sind jene, die am meisten Beachtung im *Plan Colombia* erfahren haben, aber auch jene, aus denen die meisten Menschen geflohen sind. In Putumayo sind die Ortschaften Orito und Puerto Caicedo die am stärksten betroffenen. Die Ortschaft Orito lässt sich folgenderweise kennzeichnen: „una vereda que tenía 135 familias quedó con 20 y en otras ya no queda nadie“ (CODHES 2003: 14). Viele dieser betroffenen Personen gingen nach Ecuador, Nariño, Cali oder Buenaventura (CODHES 2003: 14). Die folgende Grafik veranschaulicht die Korrelation der Besprühungen im Putumayo mit der Ankunft Vertriebener in Nariño.

Número de personas desplazadas en el departamento 1999- primer semestre 2003  
Cifras CODHES.

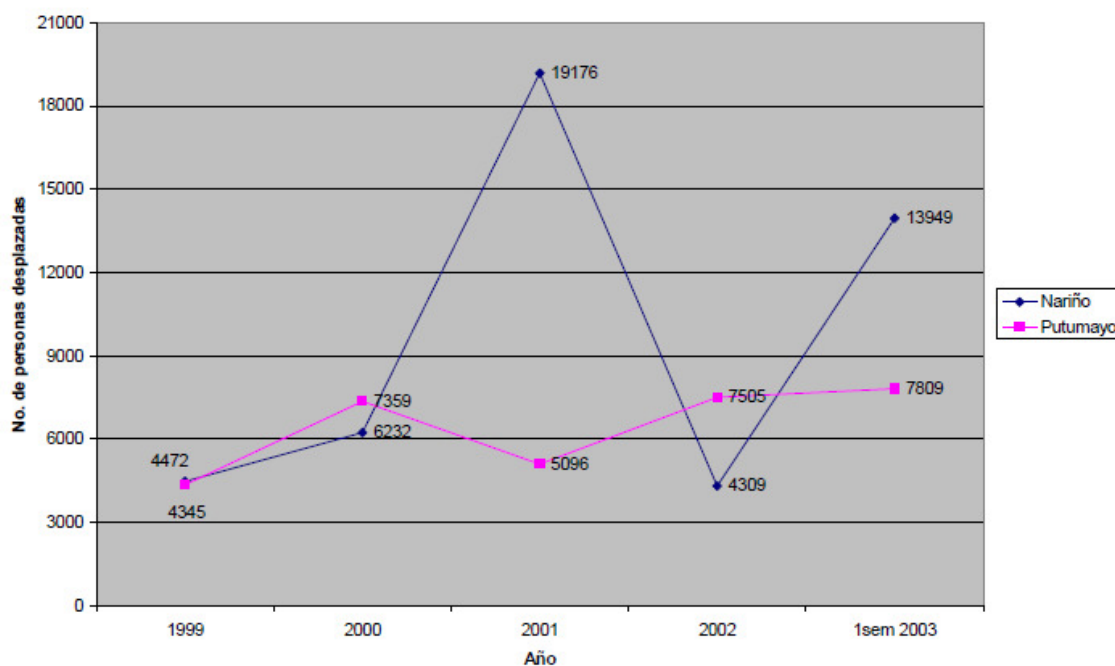


Abbildung 4: Anzahl Vertriebener im Department Putumayo

Quelle: (CODHES 2003: 19).

Deutlich wird hierbei insbesondere die Vertreibung von Putumayo nach Nariño nach Beginn der Sprühkampagnen im Putumayo im Jahre 2000. Waren es im Jahr 2000 noch 6232 Personen, so sind ein Jahr später schon 19.176 Vertriebene nach Nariño gelangt. Die Ankunft geht im Jahr 2002 etwas zurück, steigt dann aber wieder auf 13.949 Personen im Jahre 2003 an (CODHES 2003: 18).

Ethnische Gruppen der Region Putumayo sind jene, die am gravierendsten durch die Sprühflüge und die daraus folgende Vertreibung betroffen waren. Die *Organización Zonal Indígena del Putumayo* sowie die indigenen Gemeinderäte bekräftigen, dass sie Opfer der Besprühungen geworden waren ohne jedoch Koka angebaut zu haben. Konkret geht es hier um die Gemeinde NASA in Puerto Asís (Defensoría Nacional 2002: 22). Im Jahre 2003 befanden sich 30 indigene, vertriebene Familien in Puerto Asís (CODHES 2003: 14). Die zuständigen Autoritäten des *Programa de Erradicación de Cultivos Ilícitos mediante aspersión aérea con el herbicida Glifosato (PECIG)* sprechen von: “al medio ambiente de un grupo étnico (...), pueden contribuir pasivamente a la perpetración de un etnocidio” (WOLA 2008: 58). Dem Zugrunde liegen das erzwungene Verschwinden einer Ethnie. Ein solches Verschwinden resultiert aus dem Mangel an verschiedenen Konditionen wie beispielsweise dem Recht auf Überleben sowie die physische und gesellschaftliche Integration. Dazu

ergänzend wurden seitens der Behörden keine Maßnahmen entwickelt, um die vertriebene Bevölkerung an ihrem neuen Wohnort, unter Beachtung ihrer Werte und Gebräuche, zu integrieren (WOLA 2008: 58).

Durch die im nächsten Kapitel erläuterte Verlagerung des Anbaus von Koka kam es auch zu einer Verschärfung des Konflikts um die Kontrolle der Territorien zwischen den bewaffneten Akteuren Kolumbiens. Die dort ansässige Bevölkerung sah sich fortan schutzlos dem aggressiven Verhalten der Akteure ausgeliefert (CODHES 2003: 7).

## 5.7. Verlagerung des Kokaanbaus

Nach Angaben des Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung der Vereinten Nationen ging der Drogenanbau zwischen 2001 und 2002 um 30 Prozent zurück. Doch hatte diese Reduktion einen Anstieg des Anbaus in anderen Regionen und den Nachbarländern zur Folge (CODHES 2003: 3). Zum Vergleich: im Jahre 1999 wurde Kokain in 12 kolumbianischen Provinzen angebaut, vier Jahre später bereits in 23 Provinzen (Friesendorf 2005: 53).

Die folgende Abbildung zeigt, dass 2007 nahezu die gleiche Dichte an Kokaanbau vorliegt wie zu Beginn der Besprühungen in den Jahren 2000 und 2001. Zwischen 2005 und 2007 kam es zu einem Anstieg des Kokaanbaus. Eindeutig ist hier ein Scheitern des Ziels, den Kokaanbau einzudämmen, zu bemerken.

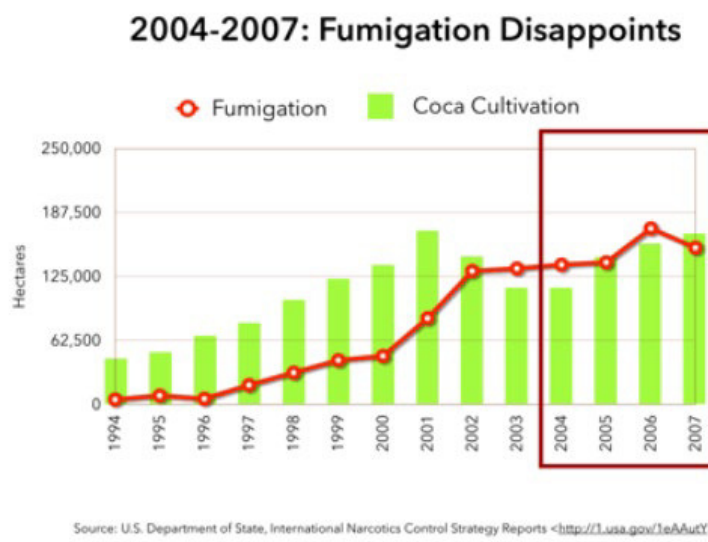


Abbildung 5: Ernüchterung nach den Besprühungen

Quelle: (Isacson 2015: 1).

In den Nachbarländern stieg der Anbau von 14.600 auf 19.900 Hektar in Bolivien an und in Peru von 43.405 auf 46.232 Hektar (CODHES 2003: 3). Durch die Eradikationen in Rahmen des *Plan Colombia* kam es zum sogenannten *balloon*-Effekt. Es war zwar zwischen 2001 und



2004 ein absoluter Rückgang der kolumbianischen Anbauflächen von Koka zu verzeichnen aber auch eine Verlagerung des Markts in andere Gebiete der Region. Dieses Phänomen lässt sich insbesondere im kolumbianischen Department Nariño beobachten. Im Zeitraum von vier Jahren ist hier der Anbau um mehr als das Vierfache gestiegen: von 4.000 Hektar im Jahre 1999 auf 18.000 Hektar im Jahre 2003. Die Departments Vaupés, Urabá und Casanare kamen als neue Anbauggebiete hinzu. Diese Entwicklung lässt sich insbesondere durch mangelnde Präsenz in den peripheren Gebieten erklären. Ohne staatliche Kontrolle ergibt sich hier die Möglichkeit des ungestörten „Anbaus von Drogenpflanzen und des Aufbaus nichtstaatlicher Macht- und Handelsstrukturen“ (Jäger et al. 2007: 243). Als Begünstigung hierfür gilt die 6.000 Kilometer lange Grenze und die 3.000 Kilometer lange Küste. Diese Grenzen sind verkehrstechnisch mehr schlecht als recht erschlossen und führen durch Wüsten, Urwald und Gebirge. Auch das verzweigte Flusssystem des Amazonas und des Dariéns erschweren eine aktive Präsenz des Staates und der Provinzeregierungen, die häufig nicht die ausreichenden Mittel zur Kontrolle zu Verfügung haben. Maßgeblich zum Gelingen der Drogenökonomie trägt auch die dort gängige Korruption bei (Jäger et al. 2007: 243). Die Kokabauern wussten sich anzupassen und pflanzten fortan kleinere Mengen Koka in immer schwerer zugänglichen Gebieten (Isacson 2015: 1). Die bereits erwähnten Spülmethode der Kokapflanzen nach Berührung mit Glyphosat förderten das Scheitern der Besprühungen.

Dies führte zu einer geographischen Verlagerung des Anbaus: von Peru und Bolivien nach Kolumbien wo es dann, als Effekt der Besprühungen, zur internen Verschiebung in andere Regionen des Landes, aber auch nach Ecuador kam. Die Besprühungen in Caquetá und Guaviare bewirkten eine Verlagerung des Anbaus nach Putumayo. Die Sprühkampagnen in Putumayo wiederum verlagerten den Kokaanbau nach Nariño (Guerrero Albán 2005: 99).

Die Verlagerung des Kokaanbaus verdeutlicht die Existenz eines relativ stabilen Drogenmarkts und einer steigenden Nachfrage. Die Fehlversuche den Kokaanbau einzudämmen und die Existenz eines relativ stabilen Drogenmarkts waren mit hohen finanziellen Lasten für die USA verbunden (Friesendorf 2007: 170).

### 5.8. *Plan Colombia*: Auswirkungen auf das Nachbarland Ecuador

An der rund 586 Kilometer langen ecuadorianisch-kolumbianischen Grenze werden 20 Prozent der Drogenexporte abgewickelt. Die Grenzregion wird von der FARC und der *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) kontrolliert. In Folge der Zuspitzung des kolumbianischen Konflikts hat Ecuador die Präsenz seines Heeres auf 8.000 Kämpfer an der Grenze erhöht und dem US-amerikanischen Militär für die Bekämpfung von Drogen und

Terrorismus die Basis Manta zu Verfügung gestellt (Jäger et al. 2007: 245-248). Der Luftwaffenstützpunkt in der Küstenstadt Manta wird seit 2002 auch von der US-amerikanischen Firma DynCorp, die zur Umsetzung der Drogenbekämpfung beauftragt wurde, genutzt (Jäger et. al 2007: 264). Im Gegenzug erhält Ecuador unter den Nachbarländern Kolumbiens den größten Anteil des *Plan Colombia*, rund 20 Millionen US-Dollar. Im Rahmen der *Andean Regional Initiative* wurden weitere 76,48 Millionen US-Dollar bereitgestellt. Die Bevölkerung des Andenlands warnte schon während der US-amerikanischen Billigung des *Plan Colombia*, dass die militärische Ausrichtung schwerwiegende Folgen für die gesamte Region haben könnte und man stellte sich gegen eine offensivere Rolle in der Drogenbekämpfung. Massiven Protest seitens der ecuadorianischen Bevölkerung erhielt der damalige kolumbianische Präsident Álvaro Uribe bei einem Besuch in Quito. Von den ecuadorianischen Autoritäten hingegen erfuhr er viel Lob. Die politische und ökonomische Situation Ecuadors ist durchaus problematisch, da bis 2002 die letzten drei Präsidenten jeweils ihre Präsidentschaft vorzeitig beenden mussten (Jäger et al. 2007: 251-252.) Das linksgerichtete Militär und die ecuadorianische Bevölkerung stehen der Anwesenheit des US-amerikanischen Militärs in Manta auch zunehmend skeptisch gegenüber (Jäger et al. 2007: 248).

Am 29. August 2002 präsentierte die ecuadorianische NGO *Acción Ecológica* der US-amerikanischen Botschaft in Quito einen Bericht über die Auswirkungen der kolumbianischen Besprühungen auf die ecuadorianische Bevölkerung in der Grenzregion. Hier wurden insbesondere die gesundheitlichen Schäden dreier Bevölkerungsgruppen in einer 2,5 bis 10 Kilometer von der Grenze entfernten Zone untersucht (Barajas 2003: 149). Nach den ersten Sprühflügen im kolumbianischen Department Nariño im Oktober 2000, wurden rund 44 Bewohner eines ecuadorianischen Ortes in Esmeraldas krank. Ähnliche Nachrichten gelangten aus Sucumbíos an die Öffentlichkeit. Auch in der zweiten Besprühungsphase kam es zu Erkrankungen der Augen, der Haut, der Atemwege und zu Fieber. Zu weiteren Symptomen zählen Übelkeit, Erbrechen, Magenschmerzen, Kopfschmerzen, Schwindelgefühl sowie das Gefühl von Schwäche. Analysierte Blutproben ergaben zudem erhöhte Werte von Chromosomenschwäche, die eine erhöhte Gefahr für Fehlgeburten, Mutationen, Missbildungen und Krebs mit sich bringt. *Bandera Blanca*, eine ecuadorianische Tageszeitung, berichtet von Magenproblemen, Ausschlag und Fieber bei Schwangeren. Die Auswirkungen zeigen sich auch bei Minderjährigen, die häufig unter Müdigkeit litten (Jäger et. al 2007: 271-272).

Während der Sprühflüge im Putumayo kam es zuweilen auch vor, dass die Flugzeuge bei ihren Wendemanövern den ecuadorianischen Luftraum berührten und am Grenzfluss San Miguel sprühten. Die kolumbianische Regierung wurde schließlich im Juli 2001 von Ecuador aufgefordert, bei den Sprühflügen einen Abstand von mindestens zehn Kilometern zur Grenze einzuhalten, damit das Gift nicht durch den Wind auf ecuadorianisches Territorium geweht werden würde. Dieser Bitte wurde auf einem binationalen Seminar im darauffolgendem Jahr auch entsprochen. Das waren jedoch nur leere Versprechungen, denn bereits im selben Jahr wurde abermals unweit der Grenze gesprüht (Jäger et al. 2007: 270).

Ecuador gilt als Hauptzielland für kolumbianische Vertriebene. Im Jahre 2003 wurden rund 11.000 Asylanträge von Kolumbianern registriert, von denen viele jedoch abgelehnt wurden. Die Asylsuchenden blieben in Ecuador, kehrten nach Kolumbien zurück oder reisten in andere Länder weiter. Auch im Vergleich mit den anderen Andenländern stellt Ecuador das Land mit den meisten Asylanträgen und langfristig im Land gebliebenen Kolumbianern dar. Ein großer Teil der in Ecuador befindlichen Kolumbianer wurde nicht registriert, sodass die Dunkelziffer noch höher liegen sollte (Jäger et al. 2007: 259-260). Ein Großteil der kolumbianischen Staatsangehörigen begab sich nach Sucumbíos, Carchi, Esmeralda und Orellana. Carchi und Esmeralda verfügen über eine einigermaßen entwickelte Infrastruktur. Sucumbíos und Orellana hingegen sind zurückgebliebene Regionen mit einem mangelhaft ausgestatteten Trinkwassernetz, kaum asphaltierten Straßen und einer ungleichmäßigen Stromversorgung. In diesen Lebensbedingungen fanden sich die meisten kolumbianischen Vertriebenen wieder. Zur Verbesserung der Situation wurden hier Auffanglager mit freier medizinischer Versorgung, Nahrungsmitteln und Unterkünften errichtet. Die Ecuadorianer haben häufig ein eher schlechtes Bild der kolumbianischen Vertriebenen, da viele den Kolumbianer als gewalttätig und kriminell ansehen (Jäger et al. 2007: 261-262).

In Sucumbíos kam es infolge der Etablierung des *Plan Colombia* zu einem Anstieg der Gewalt, auch bedingt durch den Umstand, dass in der Region die höchste Dichte bewaffneter, kolumbianischer Akteure herrscht. Die hier größte Ortschaft, Lago Agrio, taugt für Guerilla und Paramilitär als Informationszentrale, diese geraten hier zuweilen miteinander in Konflikt (Jäger et al. 2007: 256-257). Es wird innerhalb des ecuadorianischen Militärs zudem befürchtet, dass Ecuador die Kontrolle über gewisse Grenzregionen verlieren könnte da insbesondere in der Region Sucumbíos mittlerweile mehr Kolumbianer als Einheimische leben. Durch die Verschärfung des Konflikts in der Grenzregion wurde das Gebiet im April 2003 sogar zur Kriegszone erklärt und unterlag fortan der Entscheidungsgewalt der Streitkräfte (Jäger et al. 2007: 267).

## 6. Scheitern des *Plan Colombia*

Wie sich im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit gezeigt hat, ist der Kampf gegen den Drogenanbau nur durch Unterdrückung, Besprühungen und manuelle Eradikation zu führen, besonders im Fall der armen Kleinbauern nicht die richtige Methode. Die Kleinbauern leben von ihrem Kokaanbau und benötigen vielmehr eine nachhaltige Veränderung ihrer Produktion, eine Verbesserung der Infrastruktur, ihrer sozialen Situation, der institutionellen Entwicklung, Stärkung des Sozialkapitals und die Entwicklung eines alternativen Anbaus (Osorio G. 2003: 67). Dazu ergänzend ist in Folge der Implementierung des *Plan Colombia*, ein Anstieg der Präsenz der bewaffneten Akteure in anderen Regionen, in denen die Präsenz des kolumbianischen Staats noch nicht ausgebaut und der Kokaanbau problemlos zu bewerkstelligen ist, zu kennzeichnen (CODHES 2003: 1).

Die US-amerikanische Drogenpolitik lässt sich als selektiv klassifizieren, da gerade die Strategie, Südkolumbiens Kokaplantagen biologisch-chemisch zu bekämpfen misslungen ist. Bedingt durch die Schwäche der kolumbianischen Sicherheitskräfte konnte eine Verlagerung des Anbaus in andere Landesregionen nahezu problemlos erfolgen. Die Umsetzung der Kooperation US-amerikanischer und kolumbianischer Sicherheitskräfte erfolgte etappenweise und konnte erst in den Jahren 2004 und 2005, auch aufgrund verzögerte Kampfflugzeuglieferungen, erfolgen (Friesendorf 2005: 53-54). Für das Scheitern des *Plan Colombia* verantwortlich war auch der Fokus auf Repression, da entwicklungspolitische Projekte nur eine geringe Beachtung erfuhren. Es wurde versäumt sich einzugestehen, dass ein Großteil der kolumbianischen Kokabauern nur solche geworden sind, um sich und ihren Familien eine Überlebenschance zu bieten und aus der Armut ein Stück weit auszubrechen. Washington hat also die Symptome statt die Grundursachen bekämpft (Friesendorf 2005: 54). Diese Strategie war weder effizient noch moralisch gerechtfertigt (Isacson 2004: 346). Gescheitert ist die US-amerikanische Drogenpolitik auch aus dem Grund, dass nicht mehr Mittel zum Drogenentzug in den USA bereitgestellt wurden. Denn wenn in den USA die Zahl der Drogen süchtigen zurückgehen würde, so würden die USA auch weniger Gelder in die Bekämpfung der Guerilla und der Paramilitärs fließen lassen (Isacson 2004: 349). Trotz der US-amerikanischen Hilfen bleibt der kolumbianische Staat schwach und ihm glückt keine territoriale Kontrolle in den abgelegenen Landesteilen. Die geringen materiellen Kapazitäten des Landes trugen auch dazu bei, dass „Operationen weit entfernt von Militärbasen hoch gefährlich waren, weil im Falle von Unfällen oder dem Beschuss durch Flugzeuge und

Hubschrauber keine Rettungsteams entsandt werden konnten“ (Friesendorf 2005: 55). Kolumbien bedarf, auch um seine Gesellschaft vor Gewalt zu schützen, vielmehr einer integrierten Gesellschaft und eines legitimierten Staates, da in Folge der Drogenbekämpfung und des damit verbundenen Anstiegs der Gewalt, der Menschenrechtsverletzungen und der Umweltzerstörung viele kolumbianische Bürger das Vertrauen in den Staat verloren haben (Friesendorf 2005: 56). Die lokale Bevölkerung sollte aktiv „die Führung in der eigenen Entwicklung und Sicherheit übernehmen“, da sie die Probleme am besten kennt und meist bereits eigene Initiativen gestartet hat ihr jedoch die finanziellen Mittel fehlen (Isacson 2004: 347). Die US-amerikanischen Ziele *nation* und *state building* wurden demzufolge nicht erreicht, sondern hatten eher kontraproduktive Effekte zu Folge (Friesendorf 2005: 56). Sicherheit wird nicht durch Hubschrauber, Anti-Drogenkampf oder mit Öl-Pipelines erreicht, die USA sollten vielmehr anerkennen, dass Sicherheit als ein öffentliches Gut gehandelt werden sollte (Isacson 2004: 345-347).

## 7. Fazit

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Fragestellung dieser Arbeit hat verdeutlicht, dass die US-Amerikaner in Kolumbien und Südamerika mittels des *Plan Colombia* ihren Machteinfluss ausbauen und stärken wollten. Durch ihre unermüdliche Machtdemonstration betonten sie ihr Interesse an den in Kolumbien vorrätigen Rohstoffen wie Erdöl und Kohle. Die Beteiligung am *Plan Colombia* und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Umwelt, Gesundheit und die kolumbianische Bevölkerung unterstreichen die stete Präsenz der Vereinigten Staaten mit ausschließlicher Verfolgung ihres Ziels der Machtdemonstration und der Sicherung ihres Zugangs zu Rohstoffen. Diese Macht wurde insbesondere durch die hohen Ausgaben für die militärische und biologisch-chemische Komponente des *Plan Colombia* betont. Durch die Vormachtstellung der USA in der Staatenwelt nach dem kalten Krieg und nach 9/11 wurden die Verletzungen international gültiger Menschenrechte nicht geahndet und mit dem Krieg gegen Terror gerechtfertigt. Menschenrechtsverletzungen wurden insbesondere durch die Besprühungen und den damit verbundenen Eingriff in den kolumbianischen Konflikt begangen. Den Bauern wurde die Ernte des täglichen Bedarfs, der Zugang zu Trinkwasser und das Nutzen ihres Viehs entzogen. Es kam zu einer Zuspitzung des Konflikts im Putumayo und in der Grenzregion zu Ecuador. Die Befürchtungen der Kritiker haben sich bewahrheitet, da es zu einer Eskalation der sozialen und militärischen Konflikte gekommen ist und das Drogenproblem nicht gelöst werden konnte. Die Befürchtung der Verschlechterung der Menschenrechte ist eingetreten.

Die vorliegende Bachelorarbeit versucht zu beantworten, inwiefern die USA, zusammen mit der kolumbianischen Regierung unter Pastrana und Uribe, verantwortlich für die Folgen ihres Drogenkriegs sind und inwiefern diese mit imperialistischen Aspekten in Verbindung gebracht werden können.

Das Ziel, den internationalen Drogenhandel einzudämmen, wurde nicht umgesetzt, vielmehr ist es zu einer katalysierenden Wirkung des US-amerikanischen Engagements in Kolumbien gekommen, indem der Anbau von Drogen gestiegen statt gesunken ist. Die sogenannte *going to the source policy* sollte aus einer anderen Perspektive betrachtet, analysiert werden, nämlich indem man sich mit der Frage beschäftigt, warum ein Bauer sich für den Anbau von Kokapflanzen entscheidet. Der alternative Anbau von Yuka, Mais, Getreide und ähnlichem kann nur nachhaltig sein, wenn die Erträge beim Erzeuger selbst ankommen und der legale Anbau durch einen wettbewerbsfähigen Markt attraktiv bleibt. Militärische Hilfen unter dem

Deckmantel „Entwicklungshilfen“ und „Schutz eines in Bedrängnis geratenen Partners“ sind hier also der falsche Ansatz für eine Ursachenbekämpfung. Insbesondere die abgelegenen Gebiete Kolumbiens könnten durch eine erhöhte staatliche Präsenz mehr Kontrolle und Beachtung erfahren.

Nichtsdestotrotz gelang es den USA, ihre imperiale Stellung zu demonstrieren, indem sie nicht von den Besprühungen abließen und dem folgendem Motto folgten: „...there's a race, and you spray and they replant... But at some point, they fall behind. They cannot replant as fast as we eradicate.“ (Forero 2004: 1). Das unermüdliche Engagement der US-Amerikaner im *Plan Colombia* und der Erweiterung in der *Andean Regional Initiative* zeugen von einer Ausweitung ihres imperialistischen Einflusses, indem auch die Nachbarländer mit einbezogen wurden und der Konflikt sich immer mehr auch in Ecuador bemerkbar gemacht hat.

## 8. Literaturverzeichnis

- Arenas García, Pedro José (2015): “Fumigando en solitario. Mientras el mundo debate reformas de políticas de drogas, Colombia sigue siendo prohibicionista sin medir las implicaciones ambientales de sus acciones antinarcóticos”, *Semillas*, Juli 2005, 59/60, 49-54.
- Avila, Ariel Fernando, Sánchez Sambrano, Eder, Torres Tovar, Carol (2014): “Departamento Putumayo” (Fundación Paz y Reconciliación), Cali: Universidad Javeriana (<http://www.pares.com.co/wp-content/uploads/2014/03/INFORME-PUTUMAYO-REDPRODEPAZ-Y-PAZ-Y-RECONCILIACION.pdf>). [Zugriff: 23.04.2017]
- Ayata, Ali (2015): Der neue US-Imperialismus, *The journal of international social research*, 8 (38), 828-837.
- Barajas, Ana María (2003): El Refugio y el Desplazamiento forzado en el marco del Plan Colombia y el conflicto armado interno. Departamento de Putumayo, in: CODHES (Hg.): *De fronteras y otros olvidos. Desplazamiento, refugio y conflicto armado en los territorios fronterizos colombianos*, Bogotá: Kimpres Ltda., 137-164.
- Consultoría para los derechos humanos y el Desplazamiento (CODHES) (2003): “Balance del Plan Colombia en la frontera de Colombia con Ecuador: Contraproductos y crisis humanitaria” (CODHES Sondergutachten), Bogotá ([http://www.acnur.org/index.php?id=837&tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=3045&tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=4c1e08a91792a91f10b0e8acf9fee4f](http://www.acnur.org/index.php?id=837&tx_news_pi1%5Bnews%5D=3045&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=4c1e08a91792a91f10b0e8acf9fee4f)). [Zugriff: 23.04.2017]
- Corporación Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo (CAJAR) (2003): *Impactos de la intervención. Plan Colombia-no*, Bogotá: Rodríguez Quito Editores.
- Defensoría Nacional (2002): “Resolución Defensorial Nacional No. 026. Derechos humanos y derecho internacional humanitario en el marco del conflicto armado y las fumigaciones de los cultivos de coca en el departamento del Putumayo”, Bogotá [[http://www.acnur.org/t3/uploads/media/COI\\_2465.pdf](http://www.acnur.org/t3/uploads/media/COI_2465.pdf)]. (Zugriff: 23.04.2017)



- Defensoría del Pueblo (2001): “Fumigaciones y proyectos de desarrollo alternativo en el Putumayo”, Bogotá.
- Fischer, Thomas (2001): „Durch mehr Krieg zum Frieden? Die USA und der Plan Colombia“, in: Sabine Kurtenbach (Hg.): *Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure*, Bd. 54, Frankfurt am Main: Vervuert, 206-227.
- Forero, Juan (2004): “Letter from the Americas. Hide-and-seeK among the coca leaves”, The New York Times, 09.06.2004, <http://www.nytimes.com/2004/06/09/world/letter-from-the-americas-hide-and-seeK-among-the-coca-leaves.html> (Zugriff: 20.04.2017).
- Friesendorf, Cornelius (2005): „Drogen, Krieg und Drogenkrieg. Die USA und Kolumbien im ausweglosen Kampf?“, *Welt Trends*, 49 (13), 47-59.
- Friesendorf, Cornelius (2007): *US foreign policy and the war on drugs. Displacing the cocaine and heroin industry*, New York: Routledge.
- Guerrero Albán, Franco Armando (2005): *Colombia y Putumayo en medio de la encrucijada. Narcotráfico, fumigaciones, economía y soberanía*, Bogotá: Ediciones Claridad
- Heinrich, Michael (2010): „Die Imperialismustheorie“, in: Siegfried Schieder, Manuela Spindler (Hg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*, 3. Auflage, Opladen/Farmington Hills: UTB Verlag, 311-342.
- Helfrich, Linda (2009): „Wie erfolgreich ist der „Krieg gegen Drogen“ in der Andenregion?“, (GIGA Focus Lateinamerika 10), Hamburg: German Institute of Global and Area Studies [<http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/27512> ]. (Zugriff: 23.04.2017)
- Isacson, Adam (2015): “Even if Glyphosate were safe, fumigation in Colombia would be a bad policy. Here’s why”, WOLA Advocacy for Human Rights in the Americas, 29.04.2015, <https://www.wola.org/analysis/even-if-glyphosate-were-safe-fumigation-in-colombia-would-be-a-bad-policy-heres-why/>(Zugriff 20.04.2017).
- Isacson, Adam (2004): „Sicherheit, Drogen und Terror: Die Politik der USA gegenüber Kolumbien“, in: Kurtenbach, Sabine, Minkner-Bünjer, Mechthild, Steinhauf, Andreas (Hg.): *Die Andenregion-neuer Krisenbogen in Lateinamerika*, Bd. 59, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 315-349.

- Jäger, Thomas, Daun, Anna, Lambach, Daniel, Lopera, Carmen, Maass, Bea, Margraf Britta (Hg.) (2007): *Die Tragödie Kolumbiens. Staatszerfall, Gewaltmärkte und Drogenökonomie*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kurz, Maximilian, Muno, Wolfgang (2005): „Der Plan Colombia: Kolumbien im Visier des Krieges gegen den Terror der USA in Lateinamerika“, (Brennpunkt Lateinamerika 3), Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde [http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/44402]. (Zugriff: 23.04.2017)
- Kurz, Maximilian (2007): *Drogen, Terror, Öl – Entstehung und Wandel der US-Außenpolitik gegenüber Kolumbien 1999-2003. Eine netzwerkanalytische Betrachtung aus Sicht des neuen Liberalismus*, Bd. 1, Marburg: Tectum.
- Mayer, Natalie (Hg.) (2008): *Der U.S. amerikanische Drogenkrieg in Kolumbien. Zur „Innenseite der Außenpolitik“*, Bd.6, Hamburg: Dr. Kovac.
- Montanés, Virginia; Jelsma, Martin; Vargas M., Ricardo; Armenta, Amira (2001): “Fumigaciones y conflicto en Colombia. Al calor del debate” (Programa Drogas y Democracia. Serie drogas y conflicto), Amsterdam: Transnational Institute [https://www.tni.org/es/publicacion/fumigaciones-y-conflicto-en-colombia]. (Zugriff: 23.04.2017)
- Nivia, Elsa (2000): “Impacto de las fumigaciones en zonas de cultivos ilícitos”, in: Universidad de los Andes, Fundación Compartir, UNDCP (Hg.): *Cultivos ilícitos en Colombia. Memorias del foro realizado el 17 y 18 agosto de 2000*, Bogotá, 133-142.
- Oldham, Jim, Massey, Rachel (2002): “Health and Environmental Effects of Herbicide Spray Campaigns in Colombia”, *The institute for science and interdisciplinary studies*, Amherst, 1-15.
- Osorio G., Ana Rocio (2003): “Aproximaciones a los efectos ambientales, sociales y económicos de la erradicación de cultivos ilícitos por aspersion aérea en Colombia”, in: *Agroalimentaria*, Juli-Dezember 2003, 17, 61-72.
- Paige, Connor (2014): “The victims of Colombia aerial fumigation“, Colombia reports, 04.04.2014, http://colombiareports.com/victims-aerial-fumigation/ (Zugriff: 19.04.2017).

- Salazar, Manuel (2000): “El manejo de los cultivos ilícitos dentro del Plan Colombia”, in: Universidad de los Andes, Fundación Compartir, UNDCP (Hg.): *Cultivos ilícitos en Colombia. Memorias del foro realizado el 17 y 18 agosto de 2000*, Bogotá: 25-36.
- Schmalz, Stefan (2003): „Der kolumbianische Sonderweg. Zur Anatomie eines Bürgerkriegs“, *Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, 55, September 2003.
- Stokes, Doug (2008): „Beyond geopolitics and solidarism: Interpenetrated sovereignty, transnational conflict and the United States“, „Plan Colombia““, in: Jean-Marc Coicaud, Nicholas J. Wheeler (Hg.): *National Interest and International Solidarity. Particular and universal ethics in international life*, Tokio, New York, Paris: United Nations University Press, 176-198.
- Tenthoff, Moritz (2007): “Coca, petróleo y conflicto en territorio cofán. Fumigaciones, desplazamiento e intereses económicos”, (Informe sobre políticas de drogas), Amsterdam: Transnational Institute, Nr. 23, Transnational Institute [<https://www.tni.org/es/publicacion/coca-petroleo-y-conflicto-en-territorio-cofan>]. (Zugriff: 23.04.2017 )
- Vargas, Ricardo (2015): “Fumigaciones aéreas y paz territorial: ¿hay alternativas?”, *Biodiversidad. Sustento y culturas*, April 2015, .84, 37-40.
- Velaidez, Rodrigo (2000): “Impacto de los cultivos ilícitos y las fumigaciones aéreas con glifosato sobre el medio ambiente”, in: Universidad de los Andes, Fundación Compartir, UNDCP (Hg.): *Cultivos ilícitos en Colombia. Memorias del foro realizado el 17 y 18 agosto de 2000*, Bogotá:143-152.
- Veillette, Connie, Arvelo-Velez, Jose E. (2003): “Colombia and Aerial Eradication of Drug Crops: U.S. Policy and Issues” (CRS Report for Congress), unbekannt.
- Von Dungen, Johannes (2011): “Terrorismus in Kolumbien vor und nach 9/11. Transformationen und Kontinuitäten im Regierungsdiskurs, in: Jäger, Thomas: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Sonderheft 2, 2011, Köln: Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik, 348-365.
- Wagner, Jürgen (2007): Neoliberaler Kolonialismus. Die USA und die militärische Ausweitung und Absicherung der Globalisierung (Vortrag auf dem

Friedenspolitischen Ratschlag), Universität Kassel: AG Friedensforschung (<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/wagner.html>). [Zugriff: 19.04.2017]

Oficina en Washington para asuntos latinoamericanos (WOLA) (2008): “La estrategia Colombia-Estados Unidos en la erradicación de cultivos ilícitos”, in: *Revista Javeriana*, Mai-Juni 2008, (744-745) 144, 48-58.

Zelik, Raul (2001): „Der Plan Colombia – Anti-Drogendiskurse und US-Hegemonialpolitik in der Andenregion“, *PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften*, 124, Berlin, 1-20.